

Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und (Bürger-)Frieden

ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen
von
Tristan Abromeit

E-Mail: Abromeit@T-Online.de
WWW.Tristan-Abromeit.de

vom Februar 2003

an

D I E Z E I T

Herausgeber und Chefredakteure

Herren Dr. Josef Joffe und Dr. Michael Naumann

Redakteure der Rubriken Wirtschaft, Politik und Leserbriefe

und Artikelautoren

- je gesondert -

Pressehaus

Speersort 1

20095 Hamburg

Inhalt:	Seite
<u>Der Brief: Motivation, Anlaß und Zielsetzung</u>	3
 Anmerkungen zu den ZEIT-Artikeln:	
<u>Ein paar Prozent Streit</u> von Peter Müller (Nr. 6 vom 30. 1. 03)	15
<u>Stürzt SPD-Chef Bismarck!</u> von Paul Nolte (Nr. 8 vom 13. 2. 03)	22
<u>Nichts wissen. Alles verlieren</u> von Marc Brost und Marcus Rohwetter (Nr.8/ 03)	27
Von der „Initiative Ökonomische Bildung Online“ zurück zur „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“	30
<u>W Ä H R U N G und W I R T S C H A F T LUDVIG ERHARD u.a. / 1949 / GELEITWORT</u> ..	36
<u>Ignorieren hilft nicht</u> von Michael-Burckhaard Piorowsky (Nr. 6 / 03)	40
<u>Der Ost-Arzt - Ohne Stress</u> 'hof (Nr. 6 / 03)	42
<u>Im Konsumverzichtsrausch</u> von Susanne Gaschke (Nr. 8 / 03)	45
<u>Einschub:</u> Patent auf „rostende Banknoten“ > Im Konsumverzichtsrausch	52
<u>Der Friedenskämpfer</u> von Mark Spörrle (8 / 03)	56
<u>Gipfel des Misstrauens</u> von Uwe Jean Heuser (Nr. 8 / 03)	58
<u>Die Galgenfrist</u> von Josef Joffe (Nr. 6 / 03)	60
<u>Die verteidigten Staaten</u> von Christian Tenbrock (Nr. 6 / 03)	62
<u>Die Beschaller</u> von Toralf Staud (Nr. 8 / 03)	63
<u>George W. Pump</u> von Thomas Fischermann (Nr. 9 /03).....	64

Anhang I:

- Brief von TA vom 22. Juli 1998 an Dr. Marion Gräfin Dönhoff
- Die Antwort vom 2. August 1998
- Brief von TA vom 21. September 1998 an Dr. Marion Gräfin Dönhoff
- Pro & Contra / Leserbriefe (DIE ZEIT vom 18. 8. 84)

Anhang II:

- Artikel von Nina Grunenberg über Heinz Nixdorf (Nr. 33 /84)
- die Korrespondenz: Grunenberg / Leserbriefredaktion / Nixdorf / Voll
- Nachricht vom Tode von Heinz Nixdorf / eigener Beitrag dazu / weitere Meldungen

Anhang III:

Kapitel IV: RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“
aus: *Freiheit ? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung* von Ernst Winkler, Sonderdruck der *Fragen der Freiheit*, 1980,
Herausgeber Seminar für freiheitliche ORDNUNG, Boll www.sffo.de

Anhang IV:

- Leserbriefe zu „Ein paar Prozent Streit“ von Peter Müller
von Stefan Bongarts, Prof. Thomas Huth u. Max Zimmerman
- Attac macht Rabatz, was macht die Freiwirtschaft?

Der Journalist

„Der Journalist“, schrieb er, „hat nicht das Mandat, Wahlen zu gewinnen und Parteien zu promovieren. Er gerät auf die Verliererstraße, wenn er versucht, Kanzler und Minister zu machen. Große oder Kleine Koalitionen zu begünstigen, kurz, wenn er der Versuchung erliegt, Politik treiben zu wollen. Unter- nimmt er es dagegen, Erkenntnissen zum Durchbruch zu verhelfen und zu sagen, was ist, dann ist er mächtig.“ Das war keine falsche Bescheidenheit, sondern Einsicht in die wirkliche Wirksamkeit der Presse: „Richtig informieren heißt auch schon verändern.“ Und: „Wenn Einfluss auf die Geister Macht ist, dann hat der Journalist auch Macht.“ Die aber hielt er für „ziemlich begrenzt“.

Stefan Aust zum Tode von Rudolf Augstein
in Hausmitteilung, Spiegel 46/2002

Die beste Methode

Warum auch groß reagieren? Ins Leere laufen lassen, ist noch immer die beste Methode, eine grundsätzliche Kritik im Keime zu ersticken. Wer den Kritiker kritisiert, wertet ihn auf.

Michael B. Berger
im Leitartikel *Machtversessen*, HAZ 28. 2. 2003

Der Brief: Motivation, Anlaß und Zielsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

da der Zins die Zeit zu Geld macht, haben zu wenig Leute Zeit DIE ZEIT zu lesen. Andersherum: Wenn der Zins kein Problem - also normal, notwendig - ist, muß der Leser fragen: Wie viel Zinsen bringt mir die Zeit, die ich in DIE ZEIT investiere. Das ist eine Aussage und eine Frage, die Ihre persönliche wirtschaftliche und moralische Existenz mit bestimmt. Die Redaktionen der ZEIT (in Folge) sollten erkennen, daß der Zins in der Wirkung kein neutrales Ding ist, sondern der zentrale Spaltpilz in den Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften. Sie würden dann auch besser die Beiträge verstehen, die in Ihrer eigenen Zeitung veröffentlicht werden. Vor allem würden Sie es nicht hinnehmen, daß die Themen Zins und das unzulängli-

che Geld nur im Schnitt alle zehn Jahre und dann nur in unterhaltsamer Form behandelt wird.

Ich habe im Impressum festgestellt, daß Altbundeskanzler, Herr Helmut Schmidt, noch Herausgeberfunktion für DIE ZEIT ausübt. Ich habe einen Fernsehauftritt von ihm in Erinnerung, in dem er klagt, daß zu wenig Bürger eine gute Zeitung lesen und zu würdigen wissen. Helmut Schmidt zählt sicher DIE ZEIT zu den guten Zeitungen. Ist DIE ZEIT eine gute Zeitung? Ich will eine Antwort wagen und versuchen diese zu begründen.

DIE ZEIT könnte ohne Mehraufwand an Geld und Personal eine gute oder - wenn man das „gut“ noch für sie gelten lassen will - eine bessere Zeitung sein.

Eine normale Tageszeitung, egal ob aus München, Frankfurt, Hannover oder Hamburg bietet schon mehr an Nachrichten, Kommentaren und Berichten, als der Leser verarbeiten kann. Im Wesentlichen spiegeln diese Medien aber nur politische und wirtschaftliche Vorgänge. Diese Spiegelungen wirken auf den Leser wie die Fata Morgana auf den Wanderer durch die Wüste, sie geben keine wirkliche Orientierung. Bei einer Wochenzeitung - wie der ZEIT - ist die Fülle der Nachrichten und Meinungen noch größer, und da die Berichterstattung nicht ganz so eng der Tagespolitik verpflichtet ist, gelingt ihr hier und da, dem Leser mehr als Spiegelungen vom Tagesgeschehen zu vermitteln, sondern auch Rückblenden auf Geschehnissen von gestern und ausschauende Gedanken auf mögliche Entwicklungen für morgen. Eine wirkliche Orientierung gibt aber auch die ZEIT ihren Lesern nicht. Nun kann man einwenden, daß sei doch mein ganz persönlicher, subjektiver Eindruck. Kann sein. Ich habe aber noch nie jemanden getroffen, der mit Hilfe des redaktionellen Teils der ZEIT das Wasserloch in oder den kürzesten Weg aus unserer gesellschaftlichen Wüste gefunden hat.

Da in einer freiheitlichen Gesellschaft Zeitungen keine Direktiven der Herrschaft und allgemeine Verhaltensnormen zu vermitteln haben (auch wenn es hier und dort versucht wird, sie klammheimlich für diesen Zweck zu mißbrauchen), sondern den Lesern, den Bürgern, Informationen als Orientierungs- und Entscheidungshilfe zu vermitteln, kommt es bei der Fülle der Informationen wesentlich auf die Selektion der Informationen an, die weitergereicht werden. Und hier liegt die große Schwäche der Massenmedien, zu denen ja die Zeitungen und auch DIE ZEIT gehören. Wenn selektiert werden muß, dann hängt die Qualität des Selektierten vom Selektionsverfahren ab.

Ich weiß nicht, ob es für diesen Bereich Selektionsversuche mit dem Zufallsgenerator gibt und mit welchem Erfolg. Gehen wir hier davon aus, daß dies keine Lösung sei, schon weil das

Verfahren eine Bedrohung oder Kompetenzreduzierung der Redaktionen wäre.

Wenn wir eine ideologisch gebundene Redaktion vor uns haben, dann haben wir auch eine entsprechend geprägte Selektion der Beiträge. (Gegen den Bazillus *Ideologie* ist niemand 100% immun, weder die Zeitungsmacher, noch die Leser.)

Ist die Stellung des Verlegers, des Verlages stark wegen des Marktanteils ihres Mediums, wegen der Arbeitslosigkeit unter Redakteuren und Journalisten und hat der Verleger / der Verlag dabei selber starke inhaltliche Intentionen, dann kann durch die Auswahl der Mitarbeiter (ohne daß eine Direktive formuliert werden muß) ein Selektionssystem eingeführt werden, das ganz auf die Interessen des Verlegers / des Verlages ausgerichtet ist, aber nicht auf jene der Leserschaft. Die Mitarbeiter würden sich frei fühlen. Die Manipulation im Auswahlverfahren würden sie nicht wahrnehmen, weil sie ja wegen ihres vorhandenen Profils ausgewählt wurden. Nur wenn sie sich von ihrem Ausgangsprofil fortentwickeln, entstehen Probleme. Dann merken sie erst, daß sie in ihrer Tätigkeit gar nicht so frei sind, wie sie sich eingebildet hatten.

Stellen wir uns nun eine Redaktion mit Mitgliedern der unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Prägung vor, in der auch die Selektionsmerkmale Herkunft, Bildungsweg und Erfahrung gut gemischt sind. Stellen wir uns weiter vor dieser „Haufen“ hätte keinerlei Auflagen bis auf die, daß sie eine gute, von den Lesern angenommene Zeitung machen sollen. Eigentlich wäre eine solche Redaktionsbesetzung ideal. Nur in der Praxis würde sich herausstellen, daß es wiederum mit der Selektion hapert. Diesmal ist es so, daß die Redaktionsmitglieder selber keine gemeinsame Orientierung haben würden und daher keine Orientierung ermöglichende Selektion vornehmen könnten und willkürlich, unsystematisch entscheiden müßten.

Ich nehme an, daß die Schwierigkeiten, die ich hier beschreibe (und die ich vermutlich nur bemerke, weil ich mit meinem Anliegen „Opfer“ eines unzureichenden Nachrichten-Selektionssystems bin) im Folgenden liegen:

- a) Die Akteure in der Politik (im weitesten Sinne) und die berichtenden und kommentierenden Presse-Kader kommen aus dem gleichen „Stall“, einem Bildungssystem, daß in sich unfrei ist und in einer bestimmten Variationsbreite die gleichen Inhalte vermittelt und somit die Nachrichtenselektion vorprägt..
- b) Es gibt einen zu starken sozialpsychologischen Konformitätsdruck unter den Medienmitarbeitern (über das eigene Medium hinaus).
- c) Die Unterbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt sorgt für eine zusätzliche Disziplinierung von Redakteuren und Journalisten.(Mich würde nicht wundern, wenn Insider von Fällen der Un-

terwürfigkeit berichten könnten.)

d) Es fehlt an Maßstäben (die mehr als Propaganda, versteckte Gruppeninteressen, herrschenden Lehrmeinungen oder unhaltbare religiöse Forderungen sind), an die sowohl der Berichterstatter wie auch der Empfänger einer Botschaft sich orientieren könnte. Ohne Längenmaß kann man sich nicht einmal eine handwerkliche oder ingenieurwissenschaftliche Arbeit genau vorstellen. Wo käme es zu einem Warenaustausch, wenn es keine Gewichtseinheiten, keine Raummaße gäbe? Wir müssen, um etwas bewerten zu können, das zu Bewertende in ein Verhältnis zu etwas anderem setzen. Zu Zeiten des Eisernen Vorhanges hatten wir wenigstens einen primitiven Maßstab für das Politische. Gut war, was westlich war, böse, was östlich - sprich kommunistisch - war. Dieser Maßstab war zwar unzulänglich, und manche Zeitgenossen haben sich daran aufgerieben,¹ insgesamt hat er den Menschen auf beiden Seiten Orientierungssicherheit gegeben. Woran orientieren wir uns heute? Wenn immer häufig Ethik-Kommissionen eingesetzt werden, dann hat das doch seine Ursache darin, daß nicht mehr klar ist, was gut und was böse, was richtig und was falsch ist im Bezug auf menschliches individuelles und kollektives Handeln. Solche Kommissionen machen haben durchaus einen Sinn, wenn sie nicht schichtspezifisch besetzt werden und nicht den heimlichen Auftrag haben, bestimmte Interessen zu verteidigen. Es dürfte sich herausstellen, daß bestimmte Werte durch die Jahrhunderte konstant und interkulturell sind. Auf diesem Wege zu einer Meßlatte zu kommen, dürfte lange dauern.

Ich sehe in exakten Modellbeschreibungen für die privatrechtlichen Aktivitäten und für die der öffentlich-rechtlichen einen gangbaren Weg, um zu Meßlatte zu kommen, mit denen individuell und kollektiv gesellschaftlich-politisches Handeln gemessen und bewertet werden kann. Ich denke an eine Modellbeschreibung für den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich in Anlehnung an Walter Eucken mit dem Gegensatzpaar Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) und Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft). Für den Bereich des Rechtes, des politischen System, wären entsprechende Modellbeschreibungen zu entwickeln, hier wäre auf der einen Seite ein autoritäres, diktatorisches System, auf der anderen Seite ein anarchistisches

1 In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 14. 2. 03 war ein Bericht über die Justizopfer des Kalten Krieges. Bei der Gelegenheit ist mir die Erinnerung an einem freiwirtschaftlichen Freund, an Wilhelm Schulte, wieder hochgekommen, dem hat man Anfang der 60er Jahre staatlicherseits die Existenz zerstört, weil er sich dem Beurteilungsschema von Ost und West, dem offiziellen Schema nicht unterordnen wollte. Er hatte 1961 in Berlin eine Schrift herausgegeben, die folgenden Titel trug: „Brennpunkt Berlin - Die kommende Freistadt! - Ein Fiasko - oder das Vorbild einer sozialen Zukunft?“ Dann habe ich hier noch einen Titel aus 1963 von ihm vor mir liegen, der nennt sich „Die Freiheit des Andersdenkenden“ Studienblätter um den Kernpunkt der sozialen Frage“. Man kann berechtigt sagen: Freiheit wurde und wird im „freien“ Westen als Bedrohung empfunden. Zwischen „wurde“ und „wird“ hat es nur eine Verschiebung der Bewertungskriterien gegeben.

(herrschaftsfreies, nicht gesetzloses) System zu beschreiben und dazwischen Abstufungen der politischen Willensbildung. Innerhalb dieser Modellreihe müßte auch ein sauberes föderatives Modell mit einem öffentlichrechtlichen und einem privatrechtlichen Bereich beschrieben werden, damit wir erkennen können, daß unser Selbstverständnis, wir würden in einem föderativen Staat leben, zu 90% eine Ideologie ist. Stünden uns die Modellbeschreibungen zur Verfügung wie ein Metermaß (der immer noch Zollstock genannt wird), dann würde gleich sichtbar, daß unsere Parteiendemokratie nur eine Variante zwischen vielen Denkmöglichkeiten ist, aber auf keinen Fall in der goldenen Mitte liegt. Und weiter würden wir erkennen, daß unsere Gesellschaft(en) ein enormes Entwicklungspotential mit Gestaltungsfreiräumen hat. Natürlich müßten auch die Vor- und Nachteile der jeweiligen Modelle und ihre Varianten beschrieben werden. Im Grunde ist es eine Arbeit, die nach der Vereinigung von BRD und DDR von unserer politischen Klasse verhindert, von der Presse verschlafen und von der Bürgerschaft nicht eingefordert wurde. Es gibt aber Dinge, die muß man nachholen, wenn man sie versäumt hat.

Diese Äußerungen sind die Einleitung zu meinem Versuch, der ZEIT-Redaktion deutlich zu machen, daß sie nicht nur intelligent, kompetent und ordensverdächtig ist, sondern sich in bestimmter Hinsicht dumm, arrogant, blind und menschenfeindlich verhält. Wenn aber nicht einmal eine Gruppe von Menschen wie die der Redakteure und Journalisten einer großen Wochenzeitung, die alle Mittel zur Verfügung hat, geistige Blindflecken und konformistische emotionale Dumpfheit zu vermeiden, es nicht fertig bringt, die Nichtbenennung wesentlicher Ursachen von Elend und Tod nicht zu verhindern, was kann man dann vom einfachen Mann am Kochtopf und der einfachen Frau hinter dem Schreibtisch erwarten? Für mich ist das bisher Gesagte der Versuch zu verstehen, warum das Verhalten der ZEIT-Mitarbeiter so ist, wie es ist. Es liegt nicht in meiner Absicht, jemanden zu kränken. Gleichzeitig ist die Anstrengung, die ich mir mit diesem Schreiben auferlege der Versuch, meinen individuell-bürgerlichen Anteil an der Verantwortung für das Ganze zu leisten.

Da ich sowieso keine Chance sah, meine Überlegungen in das Format eines Leserbriefes zu pressen, habe ich mir auch keine Längenbegrenzung auferlegt. Und da es zudem ein Lottospiel ist, einen Leserbrief unterzubringen, nenne ich meine Auslassungen auch nicht so. Ich nenne ihn aber auch nicht einen Offenen Brief - obwohl der offen ist -, weil beim Offenen Brief die Mitempfänger die eigentlichen Adressaten sind. Das ist von meiner Intention hier anders gemeint. Sie sind meine Hauptadressaten, die möglichen Mitleser dürfen sich daran „bereichern“. Sie erhalten einen Ausdruck dieses Briefes und / oder eine Datei auf einer CD-ROM und den

Mitbürgern ermögliche ich die Einsicht in den Text dadurch, daß ich ihn auf meine Internetseite www.tristan-abromeit.de veröffentliche. Wenn DIE ZEIT-Leser in ihrer Zeitung DIE ZEIT von diesem Vorgang erfahren, dann ist das wie ein Wunder. Die Touristikabteilung der Stadt Hamburg, sollte dann das Verlagshaus als Wallfahrtsort ausweisen.

Zum Informationsinstrument *Leserbrief* will ich mich hier nicht äußern. Ich habe aber dazu interessante Ausführungen unter dem Titel „Pro \ Contra“ aus der ZEIT, Ausgabe Nr. 33 / 1984 in meinen Unterlagen gefunden, die ich in Kopie beifüge. Einer Notiz entnehme ich, daß ich am 18. 8. 84 der ZEIT-Redaktion meinen Offenen Brief zum Thema Leserbrief, den ich unter dem Datum vom 1. 3. 1969 an die Nordsee-Zeitung geschrieben habe, zugesandt. Da ich diesen Brief in meinem Text „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“ verarbeitet habe und dieser Text auf meiner Internetseite und mittels der beigefügten CD-ROM einsehbar ist, brauche ich den Inhalt hier nicht weiter vorzustellen oder beizufügen.

Am 20. November vorigen Jahres war in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) zu lesen, daß die Wut der Sozialdemokraten über Lafontaine wächst. Der Anlaß ist eine Äußerung, ein Urteil über Kanzler Schröder, die in der Bildzeitung gestanden haben soll. „Es ist so, als wäre Heinrich Brüning wieder auferstanden, jener Reichskanzler, der mit seiner Sparpolitik Massenarbeitslosigkeit verursachte und Hitler den den Weg bereitete.“

Für mich war das ein Anlaß, mich nochmals selbst zu vergewissern, wie berechtigt oder unberechtigt die Aussage von Oskar Lafontaine ist. Ich habe diese „Überprüfung“ vorwiegend - aber nicht nur - an Hand des Buches von Gerhard Ziemer „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ vorgenommen, die derzeitige Tagespolitik mit einbezogen und alles unter dem Titel „Brüning, Schröder, ...“ niedergeschrieben. Da das Buch von Ziemer nicht mehr im Buchhandel erhältlich ist, habe ich ausführliche Auszüge eingefügt. Ich habe dann den Titel „'Tagebuch' eines Zeitungslesers“ hinzugefügt und den Begriff *Tagebuch* in Anführungsstriche gesetzt, weil ich selbst nicht genau wußte, zu welcher Kategorie mein Text zu zählen ist.

In dem Buch von Ziemer fand ich dann eine Seite von ZEIT (noch ohne Artikel im Namen) vom 26. Mai 1972, die ich mir aufgehoben habe, ohne es noch zu wissen. Es wäre empfehlenswert, wenn die Redaktion diese Seite ihren heutigen Lesern als Reprint zur Kenntnis bringen würde. Dort wird sozusagen mein heutiges Thema, unser heutiges Problem eingeleitet. Es sind drei Buchbesprechungen, veröffentlicht unter dem gemeinsamen Titel: „Was das Beispiel

Weimar lehrt: Auch die beste Verfassung ist nicht dagegen gefeit, von Politikern und Publizisten ausgehöhlt zu werden“

Ein Fritz Sänger berichtet unter der Überschrift „Ihre Revolutionen waren ihre Träume - Illusionen konservativer Journalisten über eine Arbeit von Volker Mauersberger zu Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ und über ein Buch von Ebbo Demant mit dem Titel „Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist“.

Ein Ludwig Maaen berichtet unter dem „Titel Hilf- und nutzlose Liberale - Warum demokratische Blätter die Republik nicht retten konnten“ ber das Buch von Werner Becker mit dem Titel „Demokratie des sozialen Rechts - Die politische Haltung der 'Frankfurter Zeitung', der 'Vossischen Zeitung' und des 'Berliner Tageblattes' 1918 - 1924“

Und als Dritter berichtet ein Helmut R. Külz unter dem Titel „Der Weg in die Katastrophe - Gnadenlose Abrechnung mit Brüning“ ber das bereits benannte Buch von Ziemer. Diese Buchbesprechung war damals vermutlich Auslöser dafür, daß ich mir das Buch gekauft habe.

Ich habe die Buchbesprechung von Helmut Külz in meinem Text „Brüning, Schröder ...“ in voller Länge dokumentiert. An dieser Stelle nur ein paar Sätze:

„Dies ist ein nicht nur für das Verständnis der Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart und Zukunft hochbedeutsames Werk eines Mannes, der seit über dreißig Jahren an führender Stelle des öffentlichen Bankwesens steht.“ ... „Brüning hat an sich gute und redliche Absichten und Ansichten in sparsamer Haushaltsführung im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode der Demokratie geritten.“ ... (Der Satz ist etwas verunglückt, der Sinn kommt aber zum Ausdruck. d. V.) „Um so mehr sollten wir uns mit Ziemer die Namen derer merken, die schon damals die besseren Erkenntnisse kundgaben - wie etwa Silvio Gesell, der zwar, als Erfinder des etwas skurrilen „Schwundgeldes“, allgemein als Außenseiter ohne sonderliches Gewicht angesehen wurde, aber gegen die falsche Deflationspolitik Brünings durchaus vernünftige Einwände vorgebracht hat - wie etwa der Linksliberale Leopold Schwarzschild, aus dessen „Tagebuch“ der Verfasser damalige Aufsätze zitiert, die von verblüffender Klarsicht zeugen - wie etwa und vor allem Professor L. Albert Hahn, der „zugleich überragende Wahrungswissenschaftler und erfahrene Bankier“, der schon Anfang April 1963 in der ZEIT ausführlich zu Worte gekommen ist und dessen bewegende und verzweifelte Klage über die Uneinsichtigkeiten der führenden Weimarer Politiker in jenen Jahren an den Schluß dieses Buches gesetzt wurden.“

An dieser Stelle ist schon auf etwas aufmerksam zu machen. Wer die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule etwas kennt und Ziemers Buch liest, der kann zumindest Zie-

mer freiwirtschaftliche Kenntnisse ahnen². Ziemer, der natürlich sein Buch nicht nur schreiben, sondern auch veröffentlichen wollte, wußte, daß er mit Gesell in (eine rational nicht erklärbare) Tabuzone kommen würde. Da er anstandshalber aber Gesell nicht ganz leugnen konnte, hat er ihn in eine einzige Fußnote verbannt und war sicher um so glücklicher, daß er auf L. Albert Hahn ausweichen konnte. Freiwirtschaftler und das Werk Gesells standen aber in einem korrespondierenden Verhältnis zu Hahn, wie auch zu Irving Fisher (USA), Gustav Cassel (Schweden) und John Maynard Keynes (Großbritannien). Daß nun Gesells Name, der in dem Werk von Ziemer mit 256 Seiten nur einmal in einer Fußnote erwähnt wird, in der Buchbesprechung von Helmut Külz wieder auftaucht, läßt auch vermuten, daß dieser über Gesells Wirken mehr wußte, als er zugibt. Die Charakterisierung Gesells „als Erfinder des etwas skurrilen 'Schwundgeldes', allgemein als Außenseiter ohne sonderliches Gewicht angesehen“ kann durchaus als Absicherung gegen den Vorwurf des Tabubruches gelesen werden.

Weil ich als Mensch mit einer Rechtschreibschwäche nicht mehr sicher war, wie sich *Maynard* schreibt, habe ich nach der „Allgemeinen Theorie ...“ gegriffen. Ich war stolz, als ich feststellte, daß mir mein Gedächtnis das Wortbild richtig wieder gegeben hatte. Überrascht war ich aber, daß ich dabei zwei ganzseitige Artikel der ZEIT über Keynes in der Hand hielt. „Doppelstrategie gegen die Arbeitslosigkeit - Defekte Theorien im Kampf gegen einen sozialen und wirtschaftlichen Skandal“ von Lohar Czayka (Nr. 13 /1982) und „Der Mann für die Krise - Seine Gegner haben den Revolutionär aus Cambridge unfreiwillig bestätigt“ von Nikolaus Piper (Nr. 14 /1996).

Ich fand aber auch noch einen anderen Zeitungsartikel an gleicher Stelle von Claudia Schmidt aus der HAZ vom 23./24. Oktober 1971. Ich zitiere daraus und kommentiere anschließend:

Das Wunder

Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen,

2 Freiwirtschaftliche Kenntnisse hatte eben auch Ludwig Erhard. Wäre er ihnen konsequenter gefolgt, wäre er zuletzt auch nicht gescheitert. In einem Leitartikel des *SPIEGEL* über Erhard aus den fünfziger Jahren werden ihm seine freiwirtschaftlichen Ziele vorgehalten. Ich hatte Gelegenheit, Erhard nach den Widerständen aus den Reihen der CDU/CSU zu fragen. Diese müssen erheblich gewesen sein. Ich trage mit mir die Frage herum: Konnte Erhard das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ nur deshalb so unzulänglich umsetzen, weil er es seiner Partei und den Wählern nicht verständlich machen konnte, weil es auf den Widerstand des „Kapitals“ stieß oder weil er nicht tief genug in die Bedingungen des Konzeptes eingedrungen war. Zum Neugierigmachen: Zwischen Erhards Lehrer Oppenheimer und Gesell bestand über die Siedlung Eden bei Oranienburg eine nicht nur örtliche Verbindung. Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, die durch Tagungen und Veröffentlichungen Erhards Weg geebnet hat, war eine freiwirtschaftliche Gründung. Da die Freiwirtschaftler zwar betont einen marktwirtschaftlichen Weg wollten, aber keinen restaurativen-kapitalistischen, wurde sie (auch auf grund ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit) auf die Seite gedrängt. Der Vorgang wiederholte sich ähnlich mit der Gründung der grünen Partei.

ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil aller Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, „ehern“. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies - wenn überhaupt - nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen. ...

Um diese „naturgesetzliche Unabänderlichkeit“ der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden; denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein.. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern. Lag die Lohnquote oder, wie die Statistiker es nennen, der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, 1960 noch bei dem als unabänderlich angesehenen Wert von rund 60 Prozent - von 1950 bis 1960 war er nur wenig von dieser Zahl abgewichen -, so erreichte er im ersten Halbjahr 1971 fast 10 Prozentpunkte mehr, und zwar 69,8 Prozent. ...

Die Arbeitnehmer konnten ihre Position in den vergangenen zehn Jahren fast ständig ausbauen. Nur zweimal, nämlich 1964 und 1968, also jeweils zu Beginn eines Konjunkturaufschwungs, mußten sie relative Rückschläge einstecken. ...

Diese starke Verbesserung der Stellung von Arbeitern und Angestellten ist im wesentlichen eine Folge der Entwicklung der gesamten Bruttolohn- und Gehaltssumme, die sich im ersten Halbjahr 1971 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 14,5 Prozent erhöhte. Davon lassen sich - darauf weist das Statistische Bundesamt hin - etwa 13,5 Prozent auf den Anstieg der Durchschnittsverdienste und 1 Prozent auf die Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zurückführen. ...

Claudia Schmidt oder die Redaktion fügt dem Artikel noch eine Grafik ein, in der der spiegelbildlich gegenläufige Verlauf der Kurven der Anteile der Arbeitnehmer und „Unternehmer“ am Volkseinkommen von 1960 bis 1971“ gezeigt wird. Beachtlich finde ich, daß der Begriff *Unternehmer* hier in Anführungsstrichen gesetzt wurde. Die Darstellung läßt vermuten, daß man nicht vergessen hatte, daß das Gegensatzpaar Arbeitnehmer Unternehmer nicht korrekt ist.³ Der ökonomische Konflikt zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist nicht größer als der Konflikt über Güte und Preis der Ware zwischen Konsumenten und Händlern. (Von den sozialpsychologischen Konflikten und jenen, die von Herrschaft aufgrund von ökonomischen Verwerfungen - z.B. Unterbeschäftigung - entstehen, sehe ich hier ab.) Sicher ist es interessant zu erfahren, wie das Verhältnis des Arbeitseinkommens aus selbständiger und unselbständiger Arbeit sich entwickelt. Wichtig wäre aber, endlich sauber das Arbeitseinkommen von Selbständigen und Unselbständigen einerseits und dem Kapitaleinkommen (und seine Verteilung) andererseits darzustellen.

Genau betrachtet gilt das eherne Lohngesetz immer noch.⁴ Die Krisen setzen immer wieder ein,

3 Es kann natürlich auch sein, daß man darauf aufmerksam machen wollte, daß sich unter der Rubrik *Unternehmer* viele angestellte Manager befinden.

4 Auch der Versuch die Lohnnebenkosten, die Kosten des Sozialen Netzes, zu drücken, geschieht letztlich,

wenn nach einem Zusammenbruch die Wirtschaft aufblüht, die Löhne steigen und das Kapitaleinkommen sinkt. Es ist die uralte Geschichte, deren glückliche Wendung von Marx zum Teil falsch beschrieben und von Keynes verpaßt wurde. Zu prüfen wäre - wenn ein Rest Zweckrationalität in unser Gesellschaft vorhanden ist -, ob die Lösungsweg von Gesell (Proudhon, Boisguillebert) zu einem einem besseren Ergebnis führt. Dies ist schon ein Vorgriff auf meine Erwiderung zum Artikel von Paul Nolte, aber auch die Frage an die ZEIT-Redaktion, warum sie über Gesell nicht genauso unbefangen berichten kann wie über Keynes. Die Redaktion sollte sich auf die Beratung durch Wirtschaftswissenschaftler nicht zu sehr verlassen. Es wäre so, als würden Gründerinnen eines Mädchenheimes sich von Zuhältern beraten lassen. In einem solchen Fall müßten die Ratsuchenden das Gegenteil von dem tun, was ihnen geraten wird. Dies ist kein Versuch die Wirtschaftswissenschaftler zu kränken - wenn ich auf der Suche nach einem Freund wäre, würde ich vorrangig unter ihnen suchen -, sondern ein Hinweis auf den Zustand dieser Wissenschaft, die versucht, ihre Wissenschaftlichkeit dadurch zu beweisen, daß sie in die Mathematik flüchtet.

Ich gebe zu, daß ich kein ständiger Leser der ZEIT bin und ich habe auch nicht das Archiv der ZEIT nach Artikeln zu den Themen Freiwirtschaft⁵ und Gesell durchsucht. Meine Feststellung, DIE ZEIT unterliegt bei diesen Themen⁶ den Auswirkungen von psychologischen Rationalisierungen und Tabus, ist eine subjektive aber deshalb trotzdem eine begründete.

1984 in der Ausgabe Nr. 33 war von Nina Grunenberg ein Bericht über Heinz Nixdorf zu lesen. Nixdorf, so berichtete Grunenberg, sei durch Silvio Gesell motiviert worden. Da aus dem Bericht nicht deutlich wurde, was denn an Gesell und seinem Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ so besonderes dran ist, habe ich versucht, mit einem Leserbrief Informationen nachzureichen. Dafür war kein Platz. Ich werde den Vorgang im Anhang dokumentieren.

Mit zwei Briefen vom 22. Juli 1989 und 21. September 1989 habe ich dann Frau Marion Gräfin Dönhoff - nicht aus missionarischem Eifer, sondern aus politischer Verantwortung heraus - „bekniet“, den ihr zur Verfügung stehenden Apparat zum Hinweis auf und Überprüfung des

um den Kapitalertrag zu steigern. Wenn die Kosten nicht real gesenkt werden können und nur auf die Steuerzahler umgelagert werden, ist die Maßnahme eine Lohnkürzung, da die Hauptsteuerzahler die Arbeitnehmer sind.

5 Der Begriff *Freiwirtschaft* meint eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft, eine Wirtschaft frei von Drangsal, frei von Ausbeutung, frei von Krisen, frei von ökonomischen Abhängigkeiten, sowohl der Frau wie des Mannes.

6 Die anderen Tabuthemen Bodenrecht, freies Bildungswesen und Patentrecht sind ja noch gar nicht angesprochen. Nur jenes Tabu, das über dem sozialen Netz liegt, hat sich durch den Druck der Fakten gelockert, nicht aufgrund von Einsicht in eine Fehlkonstruktion.

freiwirtschaftlichen Angebots zu nutzen. Meine beiden Briefe und ihre Antwort vom 2. August 1989 finden Sie ebenfalls in der Anlage.

1993 wurde von der ZEIT in der Serie „Zeit der Ökonomen“ von dem Österreicher Gerhard Senft dann endlich auch ein Beitrag über Gesell gebracht. Hier konnte man ihn ja nun schlecht übergehen, ohne der Manipulation geziehen zu werden. Aber als einer unter vielen Ökonomen verliert er ja auch optisch an Gewicht. Mich würde aber nicht wundern, wenn es hinter den Kulissen Streit um die Veröffentlichung gegeben hätte. Denn es ist eine weitverbreitete politische und intellektuelle Untugend, daß man Personen und Sachen nicht erwähnt, die man nicht erwähnt haben möchte.

Ich bin bestimmt nicht der einzige, der sich in dieser Sache bei der ZEIT (und anderswo) bemüht hat. Es dürfte aufgrund des Einsatzes von „Idealisten“ in den letzten 100 Jahren keine Zeitung, keine Hochschule, keine Behörde, kein Berufsverband und keine Partei geben, in der Menschen waren oder sind, die zuhören konnten oder können, die nicht etwas von dem hier angesprochenen in sich logischen, sozialen und freiheitlichen Problemlösungsangebot für uralte gesellschaftliche Unzulänglichkeiten gehört hätten.

Bitterkeit kam in mir auf, als ich an das durch geistige und politische Blindheit erzeugte Elend des vorigen Jahrhunderts und das soziale und militärische Bedrohungsszenario unserer Tage bedenkend den Artikel „Ein paar Prozent Streit“ von Peter Müller las. Ich hatte aber gar keine Lust, mich dazu schriftlich zu äußern, denn die Chance, dadurch an der Talfahrt unserer Gesellschaft etwas zu ändern, ist so groß, wie in der Elbe einen Hai zu angeln. Als ich dann aber sah, daß als Reaktion auf den Artikel von Müller nur drei Leserbriefe veröffentlicht wurden und kein Anzeichen seitens der Redaktion festzustellen war, das Thema gründlicher anzugehen, sah ich mich moralisch gezwungen, mich selbst nochmals zu bemühen.

Die Leserbriefe von Stefan Bongarts, Thomas Huth und Max Zimmermann, meinen Schriftwechsel mit der leider verstorbenen Mitherausgeberin der ZEIT Dr. Marion Gräfin Dönhoff, den Artikel von Nina Grunenberg über Heinz Nixdorf mit der dazugehörigen Korrespondenz und den Zeit-Artikel über die Leserbriefe dokumentiere ich im Anhang. Die Artikel, zu denen ich Anmerkungen mache, können sicher in den Bibliotheken oder über das Internet im Archiv von der Zeit eingesehen werden. Dies ist ja wichtig, damit zweifelnde Leser meiner Zeilen kontrollieren können, ob ich die kommentierten Artikelschreiber falsch interpretiere.

Ziel dieses Schreibens ist es:

1. einen winzig kleinen eigenen Beitrag zu leisten für die Verringerung des Elends in dieser Welt, damit gleichzeitig die eigene Trägheit und immer mal wieder aufkommende Neigung zur Resignation zu überwinden;
2. ein größeres Problembewußtsein für bestimmte Tatbestände und Vorgänge in der Ökonomie sowohl unter Journalisten und Politikern wie auch allgemein unter den Bürgern zu wecken;
3. Sie persönlich und auch Redaktionen anderer Zeitungen und Magazine zu bewegen, den Lesern und Hörern ein ökonomisches Problemlösungskonzept sachlich und ausführlich vorzustellen (auch die vorhandenen Widersprüche), damit es zum Nutzen aller Menschen bei uns - und darüber hinaus - geprüft (und bei „Prüfung bestanden“) und politisch für die Einführung geworben werden kann.

Sie können sich bei diesem Vorgang als Drückeberger oder Menschen ohne Liebe zum Mitmenschen aufführen oder als progressive Aufklärer mit einem Gefühl für Gerechtigkeit und einem Gespür für freiheitliche Wege, als journalistische Pioniere. Damit Sie sich aber nicht einfach Ihrer Aufgabe dadurch entziehen, daß Sie schweigend diesen Vorgang zu den Akten legen, sende ich Exemplare dieser Ausführungen (in ausgedruckter Form oder als CD-ROM) an Redaktionen anderer Medien. Deren Konkurrenzverhalten ist - so hoffe ich - ein leichtes, aber - bei der Bedeutung des Themenkomplexes - angemessenes Druckmittel.

Nach meiner Einschätzung war das Schlimme an den Massenmedien in der Weimarer Republik nicht, daß in ihr zu viele Journalisten und Redakteure wirkten, die links- oder rechtsradikal orientiert waren, sondern daß die Medien keine sachgerechte ökonomische Aufklärung betreiben konnten oder wollten. (Der folgende Satz ist an die Adresse aller Medienmitarbeiter gerichtet.) Die Unterschlagung oder Nichtbeachtung wesentlicher ökonomischer Erkenntnisse führt zu einer Desorientierung der Gesellschaften und ihre Verelendung. Beide Elemente zusammen führen zu Krieg und Gaskammern. Sie müssen schon überlegen, ob Ihnen Ihr Berufsethos gebietet, dafür oder dagegen zu wirken.

Mit Respekt für die Arbeit, die Sie geleistet haben und noch leisten müssen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anmerkungen zu: *Ein paar Prozent Streit*

Er wurde gehasst und geliebt, erlaubt und verboten: Eine kleine Geschichte des Zinses
von Peter Müller

Erstens ist Müller zu danken, daß er den Haderstoff Zins aufgreift, weil er wirklich wie ein Gift innerhalb der Gesellschaften wirkt und eine verdeckte Kriegsursache zwischen und innerhalb von Gesellschaften darstellt. Der Autor selbst sieht in dem Stoff vermutlich nur ein unterhaltendes Thema. Das ist kein Nachteil, weil dadurch vermutlich mehr Leser verleitet werden, sich auf das Thema einzulassen, als wenn es trocken und wissenschaftlich⁷ aufbereitet wird. Zweitens kann man hoffen, daß den Autor der Ehrgeiz packt und vertiefend in das Thema einsteigt. Drittens kann der Beitrag von Müller für die Redaktion eine Ermutigung für Folgebeiträge sein. Viertens und letztens hoffe ich, daß Müller einen ordentlichen Lohn für seine Arbeit erhalten und das Geld auch wieder auf dem Markt ausgegeben hat und dadurch beitrug, den Markt zu räumen und in Folge einem weiteren Menschen einen Arbeitsertrag ermöglichte.

Es gibt ja das volkswirtschaftliche Sayesche Theorem, welches kurz formuliert besagt, daß die Produktion ihre eigene Nachfrage schafft, weil schon in ihr die Verteilung des Einkommens vorgenommen wird. Theoretisch ist das richtig. Es dürfte in der Marktwirtschaft daher gar keine Arbeitslosigkeit geben. Praktisch sieht das aber anders aus, weil in einer Ökonomie mit einem fehlerhaften Geld als Tauschvermittler nicht sichergestellt ist, daß das Einkommen vollständig wieder zur Nachfrage wird. Die Folge ist, daß die Märkte nicht geräumt werden, und die Produktion gedrosselt werden muß. Wir haben die Situation der Unterbeschäftigung, in der nicht alle nachfragende Arbeit ein Angebot findet. Dies ist ein zentrales Thema der Kreislauf-“Sozialisten“ Proudhon, Gesell, Keynes und anderer. Dieses Thema steht auch im Mittelpunkt des Experimentes von Wörgl, daß Müller sich fälschlicherweise als Einstieg für sein Zinsthema gewählt hat. Ganz eindeutig gibt es auch einen Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und dem Zins, nur war diese Frage (eine Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung) nicht der Einstieg für den Bürgermeister Unterguggenberger im österreichischen Wörgl im Jahre 1932. Ob er und seine Mitstreiter⁸ sich Gedanken gemacht haben um die Preisniveaustabilität und um den Wechselkurs zwischen der regulären Erstwährung und der

7 Wissenschaftlich müßte ich eigentlich in Anführungsstrichen setzen, weil ich manchmal den Eindruck habe, daß die Darlegung in der richtigen normierten Form manchmal verwechselt wird mit der inhaltlich richtigen Darstellung.

8 Das waren alle, die Rang und Namen in der Gemeinde hatten.

lokalen Zweitwährung, kann ich aus dem Stegreif gar nicht sagen.⁹ Das pragmatische Ziel in Wörgl war: Beschaffung von bezahlter Arbeit und Steuereinkommen für die Gemeindekasse. Und weil dies mit geldtechnischen Mitteln nach Gesells Ideen gelang, strömten aus aller Welt Leute, die sich verantwortlich für die Arbeitslosigkeit in der Vor-Hitler-Zeit fühlten, nach Wörgl, um das Wunder, das keines war, sondern eine mutige, rationale Entscheidung, zu bestaunen und auf seine Übertragbarkeit hin zu prüfen.

Gerade im Anblick eines jetzt wieder einmal heraufkommenden Krieges kann es eine Trost- und Kraftquelle sein, von dem Frieden zu träumen. Träumen darf man auch von einer zinsfreien - von einer ausbeutungsfreien - Gesellschaft. Aber den Krieg und den Zins (fast Synonyme)¹⁰ zu überwinden, bedeutet Arbeit, besonders Erkenntnisarbeit. Von etwas zu träumen klingt harmlos, so als könne man das Traumobjekt oder das Ziel des Traumes beliebig austauschen. Wir haben bei dem Thema Zins (Zins in seinen verschiedenen Erscheinungsformen einschließlich der Bodenrente) keine Wahl zwischen: „Wir nehmen das Thema auf!“ oder „Wir lassen es fallen.“ Wenn wir den Zins als Thema fallen lassen, fällt der Zins uns. Der Zins sabotiert die Grundrechte, zerstört die Umwelt, produziert Kriege, verteilt Einkommen und Vermögen von Arm auf Reich (transportiert Geld aus Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf - Dieter Suhr), überstrapaziert jene Menschen, die Arbeit haben und verhindert Arbeit und Würde für jene, die keine haben. Adenauer, der vermutlich mehr von der Wirtschaft verstand, als ihm nachgesagt wird,¹¹ hat Recht, wenn er den Zins als Fallbeil der Konjunktur bezeichnet. Es ist aber ein Fallbeil mit zwei Schneiden. Ist der Zins zu hoch, lahmt die Produktion aufgrund der hohen Kosten. Ist der Zins zu niedrig, verweigert sich das Geld der Investition. Viele ökonomische Vorhaben, die sich wirtschaftlich rechnen würden (Ertrag höher als die Kosten) unterbleiben, weil sie den höher liegenden Stab der Rentabilität nicht erreichen.

Es ist gut, daß Müller beim Thema Zins auf Aristoteles verweist und mit Thomas von Aquin auf die noch älteren Quellen zum Thema in der Bibel. Es wird dadurch deutlich, daß der Zins nicht erst in der Neuzeit zu einem Thema, zu einem Problem wurde, sondern schon in biblischen Zeiten. Das Zinsproblem entstand mit der Einführung des Geldes als Tauschvermittler. Das Geld, daß erst eine arbeitsteilige, wohlstandsfördernde Ökonomie möglich machte,

9 Es gibt zum Thema Experiment von Wörgl ausreichende Literatur im Handel und auch im Freiwirtschaftlichen Archiv in D-26316Varel, Steenkamp 7.

10 Als Marktwirtschaftler kann ich natürlich nicht übersehen, daß der Zins auch ein Preis (genauer eine Miete) für die Überlassung von Liquidität ist. Aber die Preisfunktion erfüllt der Zins auch, wenn er zwischen - 2% und +2% pendeln kann.

11 Man lese mal nach, was Adenauer zu dem anderen großen Tabuthema, dem Bodenrecht sagt. Siehe dazu Adolf Damaschke, Die Bodenreform. Mir liegt die 20. Auflage von 1922 vor.

hatte von Anfang an einen Pferdefuß. Im Naturaltausch dürfte der Zins nur eine Ausnahmeer-scheinung gewesen sein. Die Kirche ist mit ihrem Zinsverbot deshalb gescheitert, weil dieses ökonomische Problem sich nicht mit Gesetzen lösen läßt. Wenn z.B. die Preise für die gleichen Güter diesseits und jenseits der Grenze zu stark divergieren, dann kann man noch so viel Zöllner an die Grenze stellen, geschmuggelt wird doch. Bei der Nichtbeachtung und Aufhebung des kirchlichen Zinsverbotes spielt auch der Nutzen des Zinssystem für die Kirche eine Rolle. Die Kirche muß aber moralisch kapitulieren, weil sie theoretisch in einer Sackgasse ge-landet war. Weil aber die Nichtbeachtung eines Problems keine Alternative zu einem Verbot ist, reaktiviert sich bei steigender sozialökonomischer Not das Thema in der Kirche von selbst. Neben mir liegt ein Bericht über den Studientag im Diözesanbildungshaus St. Bernhard in Ra-statt vom 15. September 1990. Solche Tagungen kann man in den letzten Jahren immer mehr entdecken.

Wenn Müller mit Böhm-Bawek auf den „moralischen Schatten“ hinweist, gibt dies mir die Ge-legenheit, auf einen Beitrag von Otmar Issing¹² aus der FAZ vom 20. 11. 93 mit dem Titel „Der Zins und sein moralischer Schatten“ hinzuweisen. Dieser Beitrag wurde dann mit 17 Er-widerungen als Sonderdruck 3/94 der Zeitschrift „Der 3. Weg“ (heute Humanwirtschaft) ver-öffentlicht. Issings Beitrag und drei Erwiderungen sind unter www.geldreform.de einsehbar. Auch das Thema Wörgl ist dort verzeichnet.

Schatten kann nur werfen, wer gegenständlich oder in diesem Fall wirklich vorhanden ist und im Licht steht. Wer im Schatten steht, steht nicht im Licht. Da der Zins über die Jahrhunderte als etwas außerhalb der Moral, der Ethik stehendes betrachtet wurde und als solches auch heu-te betrachtet werden muß, ist die Formulierung „Der Zins und sein moralischer Schatten“ nicht korrekt. Es müßte heißen: „Der Zins das Wesen im Schatten der Moral“.

Der Begriff *moralische Frage* wird ja häufig so verwendet, als sei die Antwort beliebig oder als diene die Schlußfolgerung daraus nur den Interessen anderer. Sicher wird die „Moral“ auch manipulierend ins Spiel gebracht und es gibt sicher auch moralische Aussagen unterschiedlicher Stringenz. Um das, was ich hier zum Ausdruck bringen möchte, nicht nur aus dem hohlen Bauch zu formulieren, habe ich in einem Lexikon nachgesehen, um meine Vorstellungen von den Begriffen *Moral* und *Ethik* zu überprüfen. Ich gebe auszugsweise die Inhalte (aus Encarta) wieder:

Moral (von lateinisch *mores*: Sitten, Gewohnheiten, Charakter), System von Werten und Normen sowie deren Umsetzung im täglichen Leben, oft auch im Zusammenhang mit Sittlichkeit (Sitte und

12 Prof. Dr. Otmar Issing war damals Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank.

Moral) gebraucht. Moralvorstellungen unterliegen allgemein einem historischen Wandel; sie können sowohl individuell wie auch gemeinschaftlich gebildet werden, wobei Individualmoral und gesellschaftliche Moral nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen. Die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen „gut“ und „böse“, „falsch“ und „richtig“ ist ein Ergebnis von Erziehung und Sozialisation. Als besonders wichtige moralische Instanz gilt traditionell die Religion. Sinn, Zweck und Wesen der Moral sind Gegenstand verschiedener Wissenschaften, wie in erster Linie der Philosophie und Theologie, aber auch der Soziologie und Psychologie.

Die Moral stellt den für die Menschen grundlegenden normativen Rahmen für ihr Verhalten vor allem gegenüber ihren Mitmenschen dar. Die geltende Moral bildet sich aus einem Komplex von Verhaltensregeln, Wertmaßstäben und Vorstellungen vom Sinn des Lebens. Moral soll nicht nur durch eine stillschweigende Übereinkunft gelten, sondern sie soll für alle Menschen gültig sein. Sie betrifft nicht bloß Personen, sondern auch öffentliche Institutionen mit ihren sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnungen. ... (Verfaßt von Uta Müller-Koch)

Ethik (von griechisch *ethos*: Gewohnheit, Herkunft, Sitte), als Disziplin der Philosophie die wissenschaftliche Lehre von allem Sittlichen. Die Grundfragen der Ethik richten sich auf das Gute als Richtschnur rechten – und vernünftigen – Handelns. Die Prinzipien, an denen die Ethik ihre Aussagen methodisch und inhaltlich ausrichtet, sollten demnach ihrer Maxime entsprechend allgemein gültig und vernünftig einsehbar sein, also ohne Berufung auf höhere Autoritäten und Konventionen auskommen. Die philosophische Ethik ist daher zu unterscheiden von der theologischen Ethik (Moraltheologie), die sich auf den Moralkodex des in der Kirche institutionalisierten Glaubens stützt. Das wesentliche Kennzeichen der Philosophie, und somit auch der philosophischen Ethik, ist die Offenheit des Fragens. Dies unterscheidet sie wesentlich von der Theologie, die an die Stelle der Fraglichkeit das Dogma von der Offenbarung Gottes setzt. (NN)

Die Statik als Ingenieurwissen ist in der Lage, die Standfestigkeit und Tragfähigkeit von Bauwerken zu berechnen. Aber bevor eine Zuverlässigkeit dieser Berechnungen erreicht werden kann, müssen durch Erfahrung, durch Experimente erst einmal Ausgangsdaten beschafft werden. Ähnlich ist es mit der Ethik oder der Moral. Bevor eine Aussage über vernünftiges, richtiges oder falsches Handeln oder Verhalten gemacht werden kann und auf neue Sachverhalte übertragen werden können, müssen Erfahren gesammelt werden mit Handlungen, die den Menschen, der Gesellschaft gut bekommen und mit solchen, die negative Wirkungen haben. Nach meiner Einsicht ist dabei das Dogma von der Offenbarung Gottes, die Niederschrift von Erfahrungen durch die Ableitung von Gott eine höhere Autorität zu geben. Das moralische Normen sich wandeln, wandeln müssen, ist wohl in der Tatsache begründet, daß die Erfassung, die Deutung und die Niederschrift von Erfahrungen nicht fehlerfrei erfolgt bzw. nicht erfolgen kann. Eine fehlerhafte Norm verleitet aber zu einem falschen Verhalten. Die Erfahrungen sind es dann, die nach einer Revision der moralischen Norm drängen. Es gibt aber offensichtlich Erfahrungen die sich in der ganzen Menschheitsgeschichte wiederholt haben. Dazu gehören die Erfahrungen mit dem Zins. Wenn heute ein Mensch in eine Ethikkommission berufen wird, der sich die geschichtlichen und heutigen Erfahrungen mit dem

Zins nicht angeeignet hat, der hat damit seine Inkompetenz für diese Kommission bewiesen. Kennt er die Wirkungsgeschichte des Zinses und verleugnet sie, dann ist er ein Heuchler. Ich gebe nun ein Zitat wieder, welches ich in „Fragen der Freiheit“, Heft 245 mit dem Generalthema „Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry Georges –“ gefunden habe.

(siehe: www.sffo.de)

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weisheit ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Der Hinweis von Müller auf die Zinsgegnerschaft der Nationalsozialisten ist nützlich und wichtig. Die thematische Belegung des Zinsthemas durch die Nationalsozialisten wird heute gerne benutzt, um eine offene Diskussion des Themas zu verhindern. Es wird gerne auf die von den Nazis vorgenommene Unterscheidung von dem raffenden und schaffenden Kapital hingewiesen, und daß das raffende Kapital den Juden zugeordnet wurde. Man muß nüchtern sehen, daß die NSDAP das Zinsthema aufgegriffen hat, weil es ein drückendes Problem war und sie damit Punkte für sich sammeln konnte. Auch demokratische Parteien meiden Themen, für die es Minuspunkte gibt, und wählen solche, von denen sie glauben, daß sie dafür Zustimmung erhalten. Die Chance der Zinsgegner innerhalb der NSDAP war wohl nie größer als die der Pazifisten innerhalb der SPD. Dann spielte das Schlagwort von der Zinsknechtschaft ja auch eine Rolle. Dieser Begriff ist aber keine Erfindung der Nazis, sondern ist vermutlich uralte. Zu meinem Erstaunen las ich vor einiger Zeit in „Tristan und Isolde im europäischen Mittelalter“ Hrsg. D. Buschinger und W. Spiewok (Reclam), daß Tristan das Reich seines Oheims von irischer Zinsknechtschaft befreite.

Das Verhältnis zwischen den Freiwirten und dem Nationalsozialismus kann man kurz so

beschreiben. Die einen ließen sich für ihre Gegnerschaft verprügeln und einsperren, die anderen glaubten, mit der Bewegung etwas bewegen zu können. Von freiwirtschaftlicher Seite wurde den Nationalsozialisten bestätigt, daß sie nichts vom Zins und vom Geld verstünden, und von den Nationalsozialisten tönte es: „Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde.... International ist jene Richtung deshalb, weil sie ausdrücklich den vom Staate erworbenen Boden an den Meistbietenden verpachten will, ohne irgendeine Beschränkung im Hinblick auf die Volkszugehörigkeit. Ob Jude, ob Zulukaffer, ist Silvio Gesell und seinen Leuten gleich, nicht aber uns.“ ... Das Zinsproblem freilich hat er wohl unterschätzt; dagegen hat er der Frage des ständigen Geldumlaufs und der Stetigkeit der Währung seine volle Aufmerksamkeit gewidmet.“ (Aus „Der nationale Sozialismus / Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele“ von Rudolf Jung, 1922) Die freiwirtschaftlichen Organisationen wurden auch bald nach der Machtübernahme durch die Nazis verboten. Bedacht werden sollte vielmehr, daß der Antisemitismus - der ja keine reine Erfindung der Deutschen ist - viel stärker mit ökonomischen Fehlentwicklungen zu tun hat als mit rassistischen oder religiösen Vorstellungen. Gesell war es, der weit vor dem Holocaust darauf aufmerksam gemacht hat, daß ein strukturell-institutionelles Problem personalisiert worden ist. Die Juden eigneten sich als Sündenböcke deshalb gut, weil sie durch die Berufswahl einengende Berufsverbote und durch die religiöse Erlaubnis, von Fremden Zins nehmen zu dürfen, geradezu in das Geldgeschäft gedrängt wurden. Die Mängel im Geld sah man nicht, man sah aber die Menschen, die mit dem Geld umgingen, und machte sie daher für destruktive Wirkungen des Tauschmittels verantwortlich. So weit Juden Münzherren (Zentralbanker) waren, erledigten sie häufig die schmutzigen Aufträge (Münzverschlechterungen) ihrer nicht-jüdischen Fürsten. Optisch waren sie dann die Bösewichter.

Auch den Vorwurf, daß der Antisemitismus religiös motiviert war, sollte man mit Vorsicht wiederholen. Ich las in „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11. 9.“ von Mathias Brökers (bei Zweitausendeins erschienen) den Hinweis, daß der "religiöse" Antisemitismus eine Verschwörung der Tempelritter war, die sich mit der Brandmarkung der Juden als "Christusmörder" die Juden als Konkurrenten im Geldgeschäft vom Halse halten wollten. Ich selber vermute schon lange, daß der "religiöse" Antisemitismus als eine Konkurrenzabwehr entstanden ist. Ich habe die Verursacher aber nicht bei christlichen Geldverleihern gesehen, sondern bei Handwerkern in Zeiten der Unterbeschäftigung. Ich bin dabei aber nicht über das Stadium der Vermutungen hinausgekommen.

Im Islam geht man verstärkt dem Zinsnahmeverbot, das dort noch gilt, dadurch aus dem Weg, daß man keine Liquiditätsmiete pro Zeiteinheit verlangt, sondern eine Erfolgsbeteiligung am kreditnehmenden Unternehmen. Das ist eine wesentlich humanere Zinsnahme, als jene, die von der Laufzeit abhängig gemacht wird. Viele Unternehmen könnten auf diese Weise bei uns vor dem Konkurs gerettet werden.

Auf das Allokationsproblem, auf die Preisfunktion, die die Rangfolge der Kreditvergabe steuert bin ich schon weiter oben eingegangen. Grundsätzlich ist dazu nur eine Differenz zwischen Soll- und Habenzins erforderlich. Diese Differenz kann ganz im Minusbereich liegen.

Ich kann nicht mit einem vertretbaren Aufwand prüfen, ob Binswanger sen. (der Junior ist auch Professor der Ökonomie) tatsächlich meint, Keynes gehe davon aus, daß es für die Geldhaltung - also für das Liegenlassen in der Kasse, im Hort - eine Prämie gibt. Das ist mißverständlich. Derjenige, der Geld in der Kasse hat, hat den Vorteil, jederzeit darüber verfügen zu können und so günstige geschäftliche Gelegenheiten wahrzunehmen¹³. Diesen Vorteil gibt der Geldinhaber nur auf, wenn er dafür eine Prämie, einen „angemessenen“ Zins erhält. Und diese Prämie ist der Teil des Zinses, den Gesell Urzins nennt. Er könnte eben nicht realisiert werden, wenn das Halten von Geld mit Kosten verbunden wäre. Um die Gleichrangigkeit des Geldes mit der Ware (die immer unter Kostendruck steht) herzustellen wollte Proudhon die Ware in die Position des Geldes versetzen, was gedanklich in bestimmtem Umfang geht. Gesells Idee war dann, daß das Geld dem gleichen Angebotsdruck ausgesetzt werden müsse wie die Ware. Wie das gemacht wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit - auch schon bei Gesell - und kein Dogma.¹⁴

Den Zins als Lohn für gegenwärtigen (also nicht gänzlichen) Konsumverzicht zu erklären, ergibt allenfalls einen Sinn, wenn eine Volkswirtschaft nach einer Katastrophe neu startet und alle von der Hand in den Mund leben. Spätestens dann, wenn für die Aufnahme eines Kredites geworben wird, stellt sich diese Erklärung als hirnrissig heraus. Nach Gesichtspunkten der Ökonomie und der Gerechtigkeit müßte es eigentlich so sein, daß der Schuldner eine Belohnung kommt, denn dieser transformiert gegenwärtige Ansprüche des Gläubigers an den Markt - die er aus hunderterlei Gründen jetzt nicht realisieren will - in künftige Ansprüche. Dies ist für den Schuldner mit mehr Risiko behaftet als für den Gläubiger.

13 In einer Deflation kann der Geldinhaber bei marginalem Zins ohne Kosten warten, bis er für sein Geld mehr Güter und Leistungen eintauschen kann.

14 Siehe Einschub: Patent auf „rostende Banknoten“ > Imkonsumverzichtsrausch > etwa Seite 51

Die Benennung der Vielfältigkeit der Wirkungen des Geld-Zins-Komplexes ruft häufig Unglauben und Abwehr hervor. Nein, mit diesem Komplex kann man nicht alle Erscheinungen dieser Welt erklären, aber die Wirkungsvielfalt des Zinses gibt es tatsächlich, sie ist keine Fiktion und sie ist größer, als man vermutet. Nicht nur die Unterbeschäftigung, die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die Verschuldung, die kulturhemmende Nachfragestruktur haben hier ihre wesentlichen Ursachen, auch für die Umweltzerstörung besteht hier eine Mitwirkung. Thomas Lang hat dieses in einer Diplomarbeit dokumentiert¹⁵, die er an der Uni Freiburg vorgelegt hat. Es ist der Zins, der es erzwingt, eine Produktionseinheit rund um die Uhr und möglichst auch sonntags laufen zu lassen, denn Zeit kostet Geld. Würde der Zins auf Null sinken, müßte die Anlage nur die Abschreibungen wieder über den Verkauf der Produkte einbringen - egal ob morgen oder übermorgen. Es bliebe nur die Gefahr der vorschnellen Alterung durch bessere Entwicklung. Hier zeigt sich, daß der Zins auch ein Antreiber ist. Das Wort von der „kreativen Zerstörung“, wer hat es gesagt? Hier sind sicher auch positive Aspekte des Zinses zu sehen. In der Bilanz stellt er sich aber als ein unheimlicher Verlust an Lebensqualität heraus. In der HAZ (Ausgabe vom 15. 2. 03) wird unter dem Titel „Es rumort im Betrieb: Wer weiß was? - Die Renaissance des Flurfunks ...“ wie die Arbeitnehmer durch inoffizielle Kommunikation versuchen, ihr persönliches, ökonomisches Bedrohungsszenario zu erfahren. Wenn diese Menschen wüßten, daß ihre Lage wesentlich dadurch verursacht wird, daß die Medien nicht die Informationen vermitteln, die sie vermitteln müßten, dann würden sie ihre Zeitung abbestellen und ihren Sender nicht einschalten. Es wäre eine gerechte Strafe, wenn die Medienmitarbeiter sich dann auch beim Arbeitsamt um nicht vorhandene Stellen bewerben müßten.

Anmerkungen zu: *Stürzt SPD-Chef Bismarck!*

Die Sozialdemokratie steckt in der Krise, weil ihr Gerechtigkeitsbegriff von vorgestern ist
von Paul Nolte

Die SPD wird vom Wähler abgestraft, ihr öffentliches Ansehen stürzt ins Bodenlose. Dahinter steckt viel mehr als eine Krise der Regierung Schröder. Das Programm der Sozialdemokratie ist in wichtigen Teilen historisch überholt.

In den ersten Regierungsjahren der rotgrünen Koalition ging es, von der Einwanderung bis zur Homöe, vor allem um Gesellschaftsreformen. Jetzt rückt der Umbau des Wohlfahrtsstaates in den Vordergrund. Doch es zeigt sich: Die SPD hat keine einheitliche Vorstellung von der Zukunft des deutschen Sozialmodells mehr.

15 Thomas Lang: Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums, 1998, Fachverlag für Sozialökonomie (www.sozialoekonomie.de)

Paul Nolte, Jg. 1963 wird als Professor für Neuere Geschichte an der International University in Bremen vorgestellt. Er hat ein Buch mit dem Titel „Die Ordnung der deutschen Gesellschaft“ veröffentlicht. Der Titel macht mich neugierig. Aber ohne Attribut geht von dem Begriff *Ordnung* auch etwas Bedrohliches aus. Ich erinnere mich an den Titel „Die Ordnung des Terrors“. Ich nehme aber zu Gunsten von Note an, daß er eine Ordnung meint, in der der Mensch sich frei bewegen kann und in der er sich wohlfühlen kann, und ich nehme auch an, daß er seine Vorstellung von Ordnung als Modell versteht, an dem wir uns orientieren können. Wenn es so ist, dann ist sein Buch eine Aufforderung, weitere Modelle zu konzipieren, um uns erst einmal theoretisch an ein Optimum heran zu tasten. Dann müssen wir noch Einführungsmodelle entwickeln, die Experimentierfreude in der Gesellschaft aufkommen lassen und es möglich machen, Neues auszuprobieren, ohne Blut zu vergießen. Wir sollten prüfen, was Nolte zu sagen hat. Es ist wichtig, daß wir uns orientieren, sonst schlittern wir in eine neue gesellschaftliche Katastrophe. Nolte scheint aber den Begriff *Gesellschaftsreform* sehr eng zu fassen. Wenn ich den Begriff Gesellschaftsreform benutze, dann denke ich an alle Teilordnungen bis in die kleinsten Strukturelemente und als Ganzes dann im Verhältnis zu Europa und der Weltgesamtheit. Wir haben dabei die Interdependenz (die gegenseitigen Abhängigkeiten) der Teilordnungen zu beachten, unseren selbstgestellten Anspruch auf Demokratie und das Geltungsrecht der Menschenrechte bis in die kleinste Regelung. Das wäre - wenn der Versuch gestartet würde - ein gewaltiger Findungsprozeß, den von der Regierung eingesetzte Kommissionen nicht leisten können und auch nicht dürfen, wenn wir nicht in den Widerspruch zum Demokratiegebot kommen wollen.

Nun zum Artikel selbst: DIE ZEIT wäre mutig gewesen, wenn sie einen Artikel wie den von Nolte vor 10, 20, 30, 40 oder 50 Jahren veröffentlicht hätte, denn das Modell *Sozialdemokratie* war von Anfang an unstimmg. Und trotzdem war das Modell Sozialdemokratie erfolgreich im Hinblick auf seine Ausweitung. Mit Abweichungen haben alle Parteien das Modell des ausufernden, unsystematischen Staatsinterventionismus übernommen. Und eins sollte auch nicht vergessen werden; die Menschen, die sich für die SPD - manchmal aufopfernd, manchmal auch bedroht - eingesetzt haben, wollten Wohlstand und Sicherheit für sich und ihre Wähler. Freiheit allerdings wollten sie immer ein bißchen zu wenig. Ich habe das Dilemma der Sozialdemokraten schon mehrfach mit dem Gutsherrenmodell zu erklären versucht. Die Knechte vom Stamm der Sozialdemokraten haben die alten Gutsherren aus ihren Sätteln gedrängt¹⁶ und

16 Gejagt kann man ja nicht sagen, denn eine Revolution kann man den Sozialdemokraten ja nicht andichten.

diese und die Verwaltungen mit eigenen Leuten besetzt. Irrigerweise gingen die Knechte davon aus, daß ihre Lebensbedingungen nun optimal gestaltet würden. Sie gestanden den von ihnen gewählten neuen Gutsherren aus eigenen Reihen zu, daß sie wie die davon gejagten darüber befinden dürfen, was dem Knecht zusteht und was ihm abverlangt werden darf. Den Mut, selbständige Bauern zu werden und ihre Bedürfnisse und ihre Leistung selber zu bestimmen entwickelten sie nicht.

Es hört sich ja gut an, wenn die Grünen sich im Glanze der Umfragewerte sonnen und wenn die Bündnisgrünen die Sympathie und Zuwendung der politisch wachen Köpfe der mittleren und jüngeren Jahrgänge von der SPD abgesaugt haben. Aber die Bündnisgrünen als Reformpartei zu bezeichnen, ist übertrieben. Im Gründungsprozeß schien sie sich dahin zu entwickeln. Aber die zuströmenden Linken konnten die „Vielfalt in der Einheit“ nicht aushalten und hatten zudem die Illusion im Kopf, mit Abstimmungssiegen in Delegiertenversammlungen würden sich ihre Vorstellungen von Politik in die Köpfe aller Mitglieder transportieren lassen. Was wir als Kampf zwischen Realos und Fundamentalisten erlebt haben, war eine Auseinandersetzung zwischen marxistischen Sozialisten und etatistischen Sozialdemokraten. Die Konservativen hatte man schon vorher raus gegruht. Von den Liberalen konnten nur jene sich behaupten, die man auch ohne Brüche in der FDP hätte ansiedeln können. Gesiegt haben die Sozialdemokraten. Sie heben sich von den alten Sozialdemokraten dadurch ab, daß sie nicht so verknöchert erscheinen und nicht die Bürde der langen Tradition tragen müssen.

(Diese Beschreibung ist nur ein Annäherungsversuch an die Wirklichkeit. Einigermassen sicher scheint mir, daß der Versuch, durch die Gründung der grünen Partei unsere Demokratie zu erneuern, gescheitert ist.)

Mit einfachem Pragmatismus erreichen wir tatsächlich keine neues, landungsfähiges Ufer für unsere Gesellschaft. Es fehlt eine starke politische Gruppierung, die bereit ist, den Preis des eigenen Unterganges für eine neue Gesellschaft zu zahlen. Unsere Parteien ermöglichen nur soviel an Veränderung (man mag das Wort Reform ja schon gar nicht mehr benutzen, weil es abgenutzt ist), wie diese Wählerzustimmung, Macht, Geld und Posten einbringen. Schon die Erörterung von Alternativen treibt vielen Parteisoldaten den Angstschweiß auf die Stirn, wenn nicht vorher durch Meinungsumfragen bestätigt wurde, daß die Erörterung keine Stimmen kostet. Es ist mit den Parteien so wie mit den Wohlfahrtsverbänden: Nächstenliebe gibt es nur, wenn vorher der Kostenträger feststeht. Politik als kultur- und gesellschaftsschöpferischer Akt findet nicht statt. Es geht nur noch um Marktanteile der Kartellmitglieder politischer Marken-

hersteller.

Neoliberalismus ist tatsächlich ein Schreckenswort geworden, von Mißverständnissen besetzt und ein Begriff, der kurzsichtige programmatische Abwehr provoziert. Dabei wird übersehen, daß dieser Begriff doppelten Inhalt besetzt ist. Der alte Begriff ist fast identisch mit dem des *Ordoliberalismus* (Die Unterschiede werden in einem Artikel der *Fragen der Freiheit* beschrieben. Siehe www.sffo.de) Der gemeinsame Nenner war dann der Begriff *Soziale Marktwirtschaft*. Mit Sozial war am Anfang nicht gemeint, den Unselbständigen ein Sicherungssystem zentralverwaltungswirtschaftlicher Prägung beizuordnen, sondern die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß es aus der Produktion zu einer Verteilungsgerechtigkeit kommt. Der neue Neo-Neoliberalismus erinnert mich an die - von mir als gräßlich empfundene - Volksbankwerbung: „Wir machen den Weg frei!“ Aber ein Liberalismus, der eine Deregulierung nur deshalb will, damit dem Anlage suchenden Geld hier und überall, unbehindert und konzentriert eine Rendite ermöglicht wird, hebt sich selber auf, er ist dann der nackte Privatkapitalismus („Privat-“ im Unterschied zu den Varianten des Staatskapitalismus). Kapitalismus ist aber immer noch Ausbeutung, da von sollten sich die Sozialdemokraten - egal welcher Prägung - auch nicht abbringen lassen. Der Gegensatz von Arbeit und Kapital besteht immer noch. Nur darf man dabei Kapital nicht mit Unternehmer verwechseln. (Siehe weiter oben.) Immerhin gesteht Nolte zu: „Verteilungsprobleme sind nicht bedeutungslos geworden, aber die alten Instrumente reichen für ihre Lösung nicht aus; ...“ ... Ja das stimmt. Die Versuche, unter den gegebenen Bedingungen für einen längeren Zeitraum mit Lohnerhöhungen eine bessere Verteilung von Einkommen und Vermögen zu erreichen, müssen immer wieder scheitern. Darauf habe ich weiter oben schon hingewiesen. Und die Bemühungen, über eine steuerliche Umverteilung eine bessere Verteilung zu erreichen, scheitern aus dem gleichen Grund, weil die Investitionen gestoppt werden, wenn die Steuersätze die Rentabilität angreifen. Diese Umverteilungsversuche, die auch unter der Fahne *Sozialpolitik* verkauft werden, sollte man sofort stoppen, weil sie die Armen ärmer macht, denn diese, die begünstigt werden sollen, müssen die enormen Umverteilungskosten - die ich in der Höhe noch nie benannt gesehen habe - bezahlen. Auch würde die Streichung dieser nichts nutzenden Umverteilungsversuche einen großen Abbau von Bürokratie ermöglichen.

Natürlich muß man auch die Gewerkschaften benennen, wenn die SPD zur Diskussion steht. Die personelle Verflechtung zwischen beiden Organisationen ist ja politisch nicht unbedenklich.

Und mit den Instrumenten der Gewerkschaften kann man weder „Den Kapitalismus umbiegen“¹⁷, noch die Lage der Arbeitnehmer als Gesamtheit verbessern. Der Streik ist dabei auch rechtlich fragwürdig, weil er (wie die Aussperrung) einen Erpressungscharakter hat und meistens zu Lasten unbeteiligter Dritter geht. Der Streik ist auch ökonomisch unsinnig, weil er eine partielle Kapitalvernichtung darstellt, dadurch das Kapital knapper macht und den „Preis“ des Kapitals tendenziell erhöht. Auch die Gewerkschaften müssen sich neu definieren und positionieren. Eine große Hilfe von den Sozialwissenschaften haben sie dabei aus meinem Blickwinkel gesehen nicht.

Nolte hält unserem Bundeskanzler Schröder vor, er würde sich lieber die Gemütsbefindlichkeiten von Mitgliedern der Künstlerberufe mitteilen lassen, „als sich von Sozialwissenschaftlern oder Historikern, Politologen oder Juristen kritische Analysen anzuhören.“ Ich frage mich, ob denn diese Analysen ergiebig genug wären, wenn man bedenkt, daß wesentliche Fakten und Erkenntnisse der Ökonomie verdrängt werden? Außerdem ist zu bedenken: Wenn ein Mensch in der Umsetzungsphase von Ideen ist - die er sich vorher erarbeitet hat -, sich zusätzlich auf den Machterhalt konzentrieren muß, ständig neue auf Verwaltungs- und Regierungsakte bewältigen und der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen oder Lügen auftischen muß, kann er nur bedingt neue Ideen aufnehmen und alte korrigieren. Ein Problem unserer Parteiendemokratie ist auch, daß die Oppositionsparteien die Zeit der Opposition mit der größeren Freiheit zum Denken und Prüfen meistens verstreichen lassen, um dann nach einer gewonnenen Wahl in wenigen Tagen das nachzuholen versuchen, was sie über Jahre versäumt haben. In Hannover kann man das gerade beobachten. Sowohl Parlamentarier, Parteimitglieder und Wähler wechseln oft den Willen zum Besseren oder Neuen mit der Fähigkeit dazu. Am Ende einer Wahlperiode stellt man dann fest, daß sich eigentlich nichts geändert hat, nicht einmal die Hohlheit der Wahlparolen. Das Problem, das die BRD hat, ist nicht Schröder, das Problem sind wir Bürger, die wir uns der Parteienherrschaft unterordnen und versäumen, für ein bißchen mehr frische Luft in den wissenschaftlichen Instituten und Hörsälen zu sorgen. Jedes Volks hat eben die Regierung, die Gelehrten und die Berater, die es verdient.

17 Buchtitel von Oswald von Nell-Breuning

Anmerkungen zu: *Nichts wissen. Alles verlieren*

Viele Deutsche können schlecht mit Geld umgehen - sie brauchen finanzielle Bildung.

Was die Familie nicht leistet, muss die Schule übernehmen. Es geht um mehr als nur um ein Schulfach Wirtschaft. Es geht um Praxis fürs Leben

von Marc Brost und Marcus Rohwetter

Die Autoren Brost und Rohwetter zielen auf die Probleme im individuellen Umgang mit dem Geld, machen aber deutlich, daß dieses eben auch ein gesellschaftliches Problem ist. „Dass eine Gesellschaft nicht mit Geld umgehen kann, ist allein schon schlimm genug. Schlimmer ist, dass alle Ansätze, uns zu helfen bis jetzt gescheitert sind.“

Ich will mit dem Inhalt eines Absatzes beginnen, der auch auf den Einzelmenschen zielt, der aber für das Kollektiv aussagefähig ist.

In Sachen Geld ergeht es uns wie Analphabeten auf dem Bahnhof. Solange es Lautsprecherdurchsagen gibt und Schaffner uns den Weg weisen, finden wir auch den richtigen Zug - selbst wenn wir die Schilder nicht lesen können. Was aber, wenn die Lautsprecheranlage ausfällt? Wenn uns der Schaffner zum falschen Gleis schickt?

Ich möchte den vorletzten Satz des Zitates dahingehend ergänzen, daß die Lautsprecheranlage nicht nur ausfallen kann, sondern auch benutzt werden kann, um falsche Ansagen durchzugeben.

Dieses Bild vom Bahnhof kennzeichnet auch unsere heutige gesellschaftliche Situation aber besonders gut die Situation der deutschen Gesellschaft in der Weimarer Zeit. Die Deutschen landeten bei Hitler, wurden Mörder und Opfer, weil sie und ihre Regierungen ökonomische Analphabeten waren. An den Lautsprechern saßen die Journalisten und Redakteure und die Rollen des Schaffners und des Bahnhofsvorstehers hatten die Sozialwissenschaften inne - wobei die Wirtschaftswissenschaftler so undeutlich sprachen, daß sie niemand verstand.

Sind die Fehlleistungen der Sozialwissenschaften und der Wirtschaftspolitik heute gegenüber der Vor-Nazi-Zeit geringer? Ich denke nein. Heute wird nicht mehr in deutschen Konzentrationslagern gestorben, nicht mehr bei Stalingrad, nicht mehr im Bombenhagel und nicht mehr in den U-Booten im Atlantik. Die Totenfelder liegen (noch) nicht vor unseren Augen. Aber die Menschen sterben weiterhin massenweise auf dieser Welt vor dem Ende der natürlichen Lebenskurve. Und wenn wir genau hinschauen, können wir feststellen, daß von vielen Kriegsursachen die Ökonomie, so wie wir sie real beobachten können, die Hauptursache ist.

Man kann ja mit guten Grund sagen, weit verbreitete nationale oder weltweite Probleme löst man am besten dadurch, daß man sie zu erst in der kleinsten Einheit, dann in der nächst größten Einheit usw. löst. Ich trete daher schon seit längerem dafür ein, das heute zu Rußland gehörende nördliche Ostpreußen als europäisches ökonomisches Experimentierfeld einzurichten, damit die Ökonomie über die Schreibtischspekulationen hinaus kommt. (Dies ist für das Überleben der Menschheit wichtiger als die Weltraum- und Genforschung.) Das nördliche Ostpreußen scheint mir deshalb geeignet, weil dort die Europäer leben, denen es am schlechtesten geht. Sie können nur gewinnen und nicht dabei verlieren. Das ginge natürlich nicht ohne Zustimmung der Menschen, die da heute leben.

Das Prinzip: Zuerst die Lösung in der kleinen Einheit, dann in der größeren, scheint mir aber auf das Verhältnis Hauswirtschaft¹⁸ zur Volkswirtschaft nicht voll übertragbar zu sein. Aus der Volkswirtschaft strömen zu viele Belastungen und Irritationen ein, die die einzelne Hauswirtschaft, das individuelle Wirtschaftssubjekt nicht bewältigen kann. Es gilt also erst einmal die Hauswirtschaften (und auch die Betriebswirtschaften) von der Drangsal, die die Volkswirtschaft verursacht, zu befreien. Dann können wir anfangen, uns mehr Kenntnisse und Rationalität für den hauswirtschaftlichen Bereich anzueignen.

Brost und Rohwetter bringen gute Beispiele für die Mängel im hauswirtschaftlichen Bereich, sie alle zu kommentieren, ist nicht mein Ziel. Ich will nur noch mir wichtige Punkte einbringen, um abschließend auf die „Initiative Ökonomische Bildung Online“ einzugehen, von der ich aus dem hier besprochenen Artikel erfahren habe.

Ich denke, die Rationalisierung (nicht im psychologischen Sinn, sondern im Sinn von vernünftig zweckmäßig) hauswirtschaftlichen Verhaltens ist nur begrenzt möglich. So, wie wir über Recht und Unrecht mehr aus dem Gefühl als aus der Kenntnis von Gesetzestexten entscheiden, so werden auch viele Entscheidungen in Bezug auf das Hauswirtschaften auf der Gefühlsebene (in die natürlich Erfahrungen und Wissen einfließen) getroffen. Im Bezug auf Recht und Unrecht haben wir schon die Erscheinung, daß wir durch die Flut von Gesetzen und anderen staatlichen Normen individuell die Übersicht verloren haben und unser gefühltes Rechtsbe-

18 Der Begriff *Hauswirtschaft* ist ja schon besetzt mit dem was man früher Hausfrauenarbeit nannte, oder als Tätigkeitsbereich der Hauswirtschafterin verstand. Hier wird der Begriff im Sinne Handhabung und Abwicklung von privaten wirtschaftlichen Aktivitäten verstanden, die sofort oder später eine in Geld ausgedrückte Aktion erfordern. Vielleicht muß man zu einer Aufspaltung des Begriffes *Hauswirtschaft* kommen. Vielleicht könnte man von ökonomischer Hauswirtschaft und pflegende Hauswirtschaft. Im ersten Begriff wäre dann aber ein weißer Schimmel drin.

wußtsein keine klaren Konturen mehr hat. Die Inflationierung der Rechtsnormen hat dazu geführt, daß viele Menschen völlig ohne Gewissensbisse Gesetze ignorieren oder höchstens nur noch Sorge haben, daß sie bei Gesetzesübertretungen ertappt werden. Beim Ladendiestahl scheinen die Diebe nur noch zu denken, sie beklauen ja nur Diebe oder man klaut sich ein Teil dessen zurück, was die Kapitalisten einem genommen haben..

Im hauswirtschaftlichen Bereich ist es die Fülle von Steuer-, Subventionsbestimmungen, Garantiebedingungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Gebrauchsanweisungen, unbrauchbare Konjunkturvorhersagen, tatsächliche Konjunkturerinbrüche (die keine klare Berufs- und Einkommensplanung ermöglichen), die uns kapitulieren läßt.

Bei vielen Preisen ist es so, daß nicht immer die Kenntnis der genauen Preise der Waren und Dienstleistungen von gestern oder der Konkurrenz in unserem Gedächtnis gespeichert sind, sondern es stellt sich ein Gefühl für „teuer“ oder „billig“ ein. Dies hat sich gerade bei der Umstellung von der DM auf den Euro gezeigt. Es passiert jetzt noch vielen, daß sie eine Ware in den Korb packen, weil sie denken, sie sei billig und vergessen, daß es € sind und nicht DM, die auf dem Preisschild ausgewiesen sind. Unser Preisgefühl ist längerfristig geprägt und kann sich nicht so schnell umstellen. Nebenbei: Diese Preisprägung macht eine dosierte Inflation als Geldumlaufsicherung, als Konjunkturstimulanz problematisch. Die Menschen haben dann ständig das Gefühl, daß sie beschupst werden. Der gefühlte Schuldige ist dann nicht der Zentralbanker, sondern der Kaufmann, der Handwerker.

Immer wieder wird die Schule ins Spiel gebracht, wenn es um die Aneignung hauswirtschaftlicher Kenntnissen geht. Grundsätzlich ist es ja richtig, diese Aufgabe der Schule zuzuordnen, denn sie soll ja den Kindern und Jugendlichen das Wissen vermitteln, was sie lebensstüchtig macht, aber von den Eltern nicht vermittelt werden kann. Nur wird dabei übersehen, daß die Schulen bei uns zentralverwaltungswirtschaftliche Einheiten sind. Marktwirtschaft lernt man aber besser in Instituten, die verkehrswirtschaftlich organisiert sind. Unsere in gleicher Weise organisierten Hochschulen sind ein abschreckendes Beispiel (Man wagt jetzt kleine Korrekturen.) Die Wirtschaftswissenschaft würde z.B. nicht so leistungsschwach sein, wenn die Professoren vom Marktertrag ihrer Lehren abhängig sein würden.

Wenn mich mein politischer Instinkt nicht trügt, bekommen die Menschen schon wieder eine Sehnsucht nach dem Status eines „glücklichen Sklaven“ in einem autoritären System. Wenn

Meinungsumfragen, dieses bestätigen würden, wäre es kein Wunder. Die Deutschen mußten bisher nur von politischen Versprechungen leben, eine selbst erarbeitete und eingeführte Demokratie und eine wirkliche Marktwirtschaft haben sie noch nicht erlebt. Bisher herrscht im Westen Ideologien, die der großen Mehrheit etwas vorgaukeln und der kleinen Minderheit einen Nutzen bringt. Es ist wie im Osten bis zum Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges. Dort wurde eine andere Herrschaftsideologie als Sozialismus verkauft.

Wir müssen aufpassen, daß wir uns nicht von falschen Freunden - vor die Brust und Rohweiter warnen- beraten lassen. Wir haben nur die Schwierigkeit, die guten Freunde zu erkennen. Bin ich selbst ein guter oder schlechter Freund der Mitmenschen und ihrer Freiheit? Das Fragezeichen muß man nicht nur bei anderen setzen, sondern auch bei sich selbst.

Von der „Initiative Ökonomische Bildung Online“ zurück zur „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Nun zur „Initiative Ökonomische Bildung Online“, die von der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung (www.hnf.de) und der Ludwig-Erhard-Stiftung (www.ludwig-erhard-stiftung.de) finanziert wird¹⁹. Durchgeführt wird das Projekt vom Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg (www.ioeb.de). In dem Mitarbeiterverzeichnis werden 16 Mitwirker des Instituts vorgestellt. Eine respektable Liste. Wenn für die Freiwirtschaft so etwas auch erreicht würde, könnte ich beruhigt die - statistisch gesehen - näher rückende letzte Reise antreten. Die ganze freiwirtschaftliche Arbeit wird nicht von den Sozialwissenschaftlern geleistet, deren Aufgabe es wäre²⁰, sondern von Feierabendökonomen und Rentnern, die zum größten Teil nicht einmal Ökonomie studiert haben.²¹ Und die wenigen Hochschullehrer, die sich inzwischen mit der Freiwirtschaftslehre befassen, können sich ja nicht voll auf dieses Sachgebiet konzentrieren, weil sie ja das übliche Lehrprogramm durchziehen müssen. Dies scheint mir ein notwendiger Hinweis zu sein. Von dem Internetauftritt des Instituts für Ökonomische Bildung bin ich positiv beeindruckt. Ich kann mir sogar vorstellen, daß seine Mitarbeiter bei Einwendungen zu Inhalten nicht die Nase rümpfen, sondern diese dankbar aufgreifen und prüfen.

19 Zu Heinz Nixdorf siehe im Anhang Dokumentation Grunenberg - Nixdorf.

20 Man kann sagen, sie lassen sich für die Unterdrückung dieses Wissens bezahlen.

21 Karl Walker, ein profilierter freiwirtschaftlicher Privatgelehrter, der von Anfang der 30er bis Anfang der 70er Jahre gewirkt hat, hatte immer Sorge, wenn junge Menschen, die sich für die Wirtschaft interessierten, Ökonomie an den Hochschulen studieren wollten. Aufgrund seiner Erfahrungen mit Hochschulökonomen hielt er ein Studium der Ökonomie an Hochschulen der Sache, der Klärung ökonomischer Fragen, für abträglich.

Ich habe mir nun von WIS! (Wirtschaft in der Schule) die Seiten „Geldpolitik“ ausgedruckt und bin durchaus beeindruckt. Leider (oder wie nicht anders zu erwarten) spiegeln die Seiten auch die ganzen Unklarheiten der Geldlehre der herrschenden Lehmeinung wieder. Immerhin wird auf ein paar theoretische Schwächen hingewiesen. Aber diese 24 Seiten gründlich zu kommentieren, wäre mehr als eine Diplomarbeit. Ich finde es nur bedauerlich, daß die gute Absicht - über die Schulen Verständnis für marktwirtschaftliche Zusammenhänge in die Köpfe der Bürger zu transportieren - ungewollt sabotiert wird. Man macht es den Gegnern der Marktwirtschaft so zu leicht. Das Geld ist nach der Sprache das wichtigste Kommunikationsmittel und konstitutives Element der Marktwirtschaft. Vom US-Notenbankchef Alan Greenspan las ich vor einiger Zeit die Aussage, man wisse eigentlich nicht, was Geld ist. Diese Unsicherheit spiegelt sich auch in dem mir vorliegenden Text „Geldpolitik“ wieder. Was bringt es nun, diese Unsicherheit über die Schulen in die Bevölkerung zu transportieren? Gibt es in der Forschungspolitik keine Alarmglocken, die Fehlentwicklungen anzeigen? Haben Wirtschaftswissenschaftler keinen anderen beruflichen Ehrgeiz als jenen, berufliche Karriere zu machen? Das Giralgeld-Thema, -Problem löst man nicht dadurch, daß man Quellen zitiert. Hier ist Feldforschung erforderlich oder wenigstens Forschungsmethoden, die die Vorgänge dem Auge sichtbar machen. Karl Walker hat aus diesen Überlegungen heraus ein volkswirtschaftliches Planspiel entwickelt²², das aber nicht genutzt wurde. Bei einer Demonstration des Planspiels durch Walker in der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg wurde ihm gesagt, die Doppelte Buchführung könne man schon. Kluge Leute können sehr dumm sein. Ich gebe jetzt die vom WIS! aufgeführten Lernziele wieder und mache ein paar Anmerkungen dazu.

WIS!

Lernziele

Die Schüler sollen...

- 1. die Entwicklung des Geldes vom Münz- über das Papier- und Giralgeld zum electronic-cash kennen.*
- 2. erkennen, dass Inflation die Funktionen des Geldes zerstört und schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgeschäden mit sich bringt.*
- 3. den Prozess der multiplen Giralgeldschöpfung im Bankensystem verstehen und erkennen, dass dieser Prozess an die Verfügbarkeit von Zentralbankgeld gebunden ist.*
- 4. wissen, dass der Euro seit 1.1.1999 das gemeinsame Geld von (zur Zeit) 12 EU-Staaten*

22 Vorhanden in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek, Wissenschaftliches Archiv in 26316 Varel, Steenkamp 7

- ist, und die neuen Geldscheine und Münzen der Euro-Währung kennen lernen.
5. sich mit Ängsten und Vorurteilen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro auseinandersetzen.
 6. sich mit Argumenten für und wider eine gemeinsame Währung in Europa auseinandersetzen und Vorteile und Gefahren des Euro nennen und begründen können.
 7. Aufgaben und Aufbau des ESZB und seine Stellung im Verhältnis zur EU-Kommission und zu den Mitgliedstaaten kennen.
 8. das geldpolitische Instrumentarium des ESZB und seine Wirkungsweise kennen.
 9. die Notwendigkeit stabilitätsorientierter Finanz- und Lohnpolitiken in der Währungsunion erkennen und begründen können.
 10. sich über aktuelle Entwicklungen des inneren und äußeren Geldwerts der europäischen Währung informieren und sie wirtschaftspolitisch beurteilen können.

Anmerkungen:

Zu 1:

Genausowenig wie es genügt, junge Menschen für die Demokratie zu begeistern, wenn man ihnen nur die formale Ebene der Institutionen aufzeigt, genauso wenig werden junge Menschen sich für das Thema begeistern, wenn man ihnen nur die formalen Entwicklungsstufen des Geldes vermittelt. Was mir erforderlich scheint, ist die Erschließung der Entwicklungsstufen unter zur Hilfenahme von erzählender Literatur und der Geschichtswissenschaft. Ich habe vor einiger Zeit einen dicken Band über die Fugger gelesen. Er war spannend wie ein Krimi. Die Produzenten von Filmen und Fernsehsendungen sind doch immer auf der Suche nach interessantem Stoff. Die Geschichte des Geldes ist abenteuerlich und dramatisch.

Versuche, das Thema Wirtschaft und Geld erzählerisch darzustellen gibt es. Vor mir liegen: „Der Suppentopf des Volkes - Volkswirtschaftliche Grundbegriffe in Erzählungen“ von Bruno P. Schliephacke, 1954, Verlag der Hessischen Lesebuch-Stiftung, Wiesbaden und „Um die Güter der Erde“, von Will Noebe, 1960, Zitzmann Verlag, Lauf. Ich habe keine Übersicht, was der heutige Büchermarkt dazu bietet. Ich denke aber, diese Sorte von Literatur ist sehr ausbaufähig. Dann gilt es den Tatbestand zu berücksichtigen, daß die Geschichtsschreiber in der Regel die Prägung der geschichtlichen Abläufe durch das Geld zu wenig berücksichtigen. Versuche dies nachzuholen sind z.B. das zweibändige Werk „Segen und Flug des Geldes“ von Fritz Schwarz, 1945, Bern und „Das Geld in der Geschichte“ von Karl Walker, 1959, Lauf. Aber auch der Versuch des verstorbenen Arztes und Freundes, Hans Weitkamp, die Geldgeschichte mit seinem Band „Das Hochmittelalter - ein Geschenk des Geldwesens“ lebendig zu machen, ist erwähnenswert.

Ich weiß nun nicht, wie die Leute von WIS das Thema Ökonomie begonnen haben, will jetzt auch nicht nachsehen. Ich denke aber, daß bei Einstieg in das Thema zu allererst die

abwertende Distanz zum Thema Geld abgebaut werden muß, die auch in dem Spruch zum Ausdruck kommt: „Über Geld spricht man nicht! Geld hat man.“ Es gibt ja die Tendenz, „kulturelle“ Themen gegenüber solchen der Wirtschaft als etwas höher wertig zu betrachten. Es muß meiner Meinung nach viel mehr verdeutlicht werden, daß Kultur, Recht und Geldwirtschaft nur in der Analyse und in dem Ordnungsrahmen der Gesellschaft als getrennte Bereiche zu betrachten sind. Im realen Alltag hat jedes Ding, jede Handlung sowohl rechtliche, kulturelle wie auch geldwirtschaftliche Aspekte. Ohne das Medium Geld wäre eine höhere Kultur - wie immer man sie definieren mag - nicht existent.²³

Zu 2.

Hier fehlen mir folgende Hinweise:

- a) Der Begriff Inflation wird nicht präzise angewendet. Bei einer Inflationsrate von 1, 2 oder 3 Prozent jährlicher Entwertung wird auch noch vom stabilen Geld gesprochen. Die Vermögensübertragung vom Gläubiger auf den Schuldner beginnt aber schon mit 0,1 %. Vermutlich nennt man die Inflation mit niedrigen Prozentzahlen noch Stabilität, weil man die für den Geldumlauf stimulierende Wirkung der leichten Inflation nicht offen benennen mag. Da aber in der Welt mit sehr unterschiedlichen Inflationsraten gearbeitet wird, sollte eine empirische Forschung auch herausfinden können, ab welcher Inflationsrate die Tauschmittelfunktion des Geldes leidet.
- b) Die viel gefährlichere Deflation wird gar nicht angesprochen. Ein paar Prozent an Kaufkraftgewinn des Geldes genügen schon, um eine Volkswirtschaft ins Chaos zu stürzen.
- c) Auch wird nicht angesprochen, daß eine Marktwirtschaft ohne soziale Verwerfungen und ohne Sabotage des Wettbewerbs durch Konzentrationsprozesse nur haben können, wenn wir ein verteilungsneutrales Geld erhalten.

Zu 3:

Hierzu habe ich mich schon weiter oben geäußert. Ich möchte nur noch erwähnen, daß dieses Thema auch die Freiwirtschaft spaltet.

Zu 4:

Wenn die EZB für die Geldwertstabilität zuständig ist, dann muß sie auch die Hoheit über die Münzprägung und –Ausgabe bekommen, oder die Münzausgabe muß von der EZB nach der Kopfzahl der Landesbewohner limitiert werden können.

²³ Hier spricht aber nicht der große Pädagoge, sondern eher der Versager. Meine Kinder merken erst mit fortschreitendem Alter das der Alte nicht (nur) spinnt.

Zu 5:

Den Ängsten in Bezug auf den Euro konnte und kann man - soweit sie die Konstruktion des neuen Geldes betreffen - mit rationalen Argumenten entgegenwirken. Die Ängste, die sich aus einem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber der Politik speisen, kann man nur gute Erfahrungen über längere Zeiträume überwinden. Was mir fehlt, ist die demokratische Dimension des Euro. Wird das Thema *demokratische Legitimation des Euro* nicht gestellt, weil die Aufklärung noch zu staatsnahe oder zu konservativ ist?

Zu 6:

Die Vorteile einer gemeinsamen Währung sind leicht einseh- und vermittelbar, da durch die rege Reisetätigkeit der Menschen in Europa die Erfahrung als Lehrmeisterin zur Verfügung steht. Schwieriger sind die Ängste der Ökonomen zu vermitteln, die Verwerfungen befürchten, weil zwischen unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften der Niveauequalizer Wechselkurs weggefallen ist. Zu bedenken bleibt, daß die DM auch sehr unterschiedliche Entwicklungsstände im DM-Geltungsbereich ohne Schaden verkraftet hat. Viel bedenklicher ist die Tatsache, daß eine notwendige wirkliche Währungsreform, also nicht nur eine Nennwertumstellung oder Einigung auf einen gemeinsamen Nennwert, in dem großen Währungsverband nur schwer durchgeführt werden kann.

Zu 7:

Da das Handeln der Notenbank (Zentralbank) große politische Wirkungen hat, die EZB aber aus guten Gründen nicht dem Verfügungsrecht der Politik ausgeliefert worden ist, muß man - wenn man nicht hinnehmen will, daß ein wesentlicher Bereich unserer Gesellschaft außerhalb des demokratischen Systems bleibt - der EZB klare Regeln auferlegen, die ihr keine Politik ermöglichen. Umgekehrt darf dann die Politik dieses Regelwerk nicht dadurch außer Kraft setzen, daß sie die Wechselkursfixierung vorschreibt, bzw. vorschreiben kann. Da Devisenmarktinterventionen durch die Zentralbank *Politik* und diese für ihre Aufgabe nicht notwendig sind, sollten sie ihr auch untersagt werden.

Zu 8:

Hier fehlt mir der Hinweis, daß die Mindestreserve ursprünglich nicht als Steuerungsgröße der Zentralbank erfunden wurde, sondern als Liquiditätsreserve der Geschäftsbanken, um sie vor Zahlungsunfähigkeit zu schützen. Da die Einlagen bei den Geschäftsbanken reguläre Ansprüche auf Güter im Markt sind, ist der Zwang zur Mindestreserve ein Eingriff in das Eigentums-

recht. Der Wegfall des Wechseldiskonts ist bedauerlich, weil dies eine Geldschöpfung war, die an die Wertschöpfung gekoppelt war. Im Zusammenhang mit dem Notenbankinstrumentarium müßte auch dem Irrtum entgegengewirkt werden, daß es den Zins gib, weil die Notenbank nur Geld gegen Zins herausgibt. Das Kreditvolumen der Geschäftsbanken an ihre Kunden ist x -mal größer als das Kreditvolumen der Zentralbank an die Geschäftsbanken.²⁴ Der relativ große Einfluß des Notenbankszinses kommt daher, daß sie die letzte Beschaffungsquelle für Liquidität ist. Richtiger wäre, daß alle Notenbankzinssätze über den Marktzinssätzen lägen, weil dann erst das bereits von der Zentralbank ausgegebene Geld voll zum Einsatz käme. Diese Möglichkeit können die Zentralbanken zur Zeit aber noch nicht nutzen, weil sie nicht Herr des Geld-Umlaufes sind.

Zu 9:

Hier scheinen die Autoren davon auszugehen, daß die Quantitätstheorie des Geldes doch nicht gilt. Wenn aber die Quantitätstheorie des Geldes gilt, dann können auf grund kartellisierter oder monopolisierter Arbeit Lohnforderungen einzelne Betriebe oder Branchen in die Pleite treiben, oder es können Gruppen von Arbeitnehmern zu Lasten anderer Arbeitnehmer höhere Löhne durchsetzen; aber die Kaufkraftstabilität können sie nicht gefährden, es sei denn, daß durch die erhöhten Lohnforderungen durch Pleiten die Gütermenge sich auf dem Markt verringert. Sonst gilt: Was die einen dazu gewinnen, müssen andere verlieren. Auch eine mangelnde Haushaltsdisziplin kann die Preisniveaustabilität nur gefährden, wenn der Finanzminister die Lücken im Haushalt über die Notenpresse oder Münzprägung finanziert. Die Verschuldungsproblematik liegt darin, daß 1. der Gestaltungsspielraum der Parlamente der nachfolgenden Wahlperioden eingeengt wird; 2. die Folgegeneration in die Schuldknechtschaft hineingeboren wird; 3. die Zinslast der gegenwärtigen Generationen die Finanzierung kultureller und sozialer Projekte einschränkt. 4. die Staatsverschuldung das Zinsniveau in die Höhe treibt. Die Bürger müssen, soweit sie Schuldner sind, nicht nur höhere Steuern zahlen sondern auch höhere Zinsen. Aber einen Einfluß auf die Währung hat das alles nicht.

Wir sehen bei all diesen Punkten, daß den Schülern und Bürgern etwas vermittelt werden soll, was noch gar nicht die klare und eindeutige Form der Vermittelbarkeit erreicht hat. Wenn aber trotzdem Ökonomie in die Schulen transportiert werden soll, dann muß ehrlicher Weise die Unsicherheit und Unklarheit mit transportiert werden. Das regt die Schüler vielleicht auch an, diese Themen im Zusammenhang mit „Jugend forscht“ aufzugreifen. Ich habe einmal einen

²⁴ Siehe dazu „Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, von Helmut Creutz, 2001, Econ.

Artikel von Schülern gelesen, der stellte manche Darstellungen von Profis in den Schatten. Aber noch wichtiger ist: Aufklärung kann man nicht mit Unwahrheiten betreiben. Wenn eine solche unehrliche Aufklärung versucht wird, kann das Ergebnis nur Desinformation sein. Meine Ausführungen sollen aber nicht als Angriff auf das WIS!-Projekt bzw. auf die "Initiative Ökonomische Bildung Online" verstanden werden. Ich will nur deutlich machen, daß es Lücken in der Lehre vom Gelde gibt, die uns leidend machen, die aber nicht sein müßten. Ich beschließe diesen Abschnitt mit einem Text aus dem Jahre 1948. Wenn man den liest, könnte man meinen, die Wirtschaftswissenschaft und die Aufklärer über das Geld hätten ein halbes Jahrhundert geschlafen. Weiter verweise ich in einem bescheidenen Umfang auf Literatur aus der Anfangszeit der Sozialen Marktwirtschaft.

W Ä H R U N G und W I R T S C H A F T

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber

LUDVIG ERHARD / ERVIN HIELSCHER / MAX SCHÖNVANDT

unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen, in einer echten Sozial-Ordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen, erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppenverdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an, sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute kommen

kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der W ä h r u n g abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“, sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur V o l l - L e i s t u n g der W i r t s c h a f t mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z. B. über „Inflation“ und „Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleichermaßen in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden, (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten, ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundlagen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen der Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch so scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen: Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt

Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Otto Lautenbach war der freiwirtschaftliche Inspirator für Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Wer zur Vorgeschichte der ASM etwas erfahren will, muß die Tagungsprotokolle zu den Tagungen des Freiwirtschaftsbundes von 1951 und 1952 lesen. Das erste Protokoll trägt den Titel „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ mit Beiträgen von Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach; das zweite Protokoll trägt den Titel „Das Programm der Freiheit“ und enthält Beiträge von Ernst Winkler, Franz Böhm, Fritz Hellwig, Wolfgang Frickhöffer, Georg Strickrodt und Otto Lautenbach.

Über die Entstehung der ASM und das Ausbooten der freiwirtschaftlichen Mitglieder berichtet Ernst Winkler in der Schrift „Freiheit ? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“, ist als Sonderdruck der „Fragen der Freiheit“ erschienen. (Hrsg. Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll) Eine andere Schrift, die von Winkler herausgegeben wurde und auf Skripten von Paul Heinrich Diehl (1886 - 1976) fußt, behandelt auch die Gründungszeit der ASM, behandelt aber die ganze Wirkungszeit von Diehl, der Studienprofessor und Bürgermeister in der Zeit von Weimar bis Mitte der 70er Jahre war. Diehl schrieb 1931 gegen den Nationalsozialismus, wurde später von den Nazis amtsenthoben und entging dem schlimmen Schicksal so vieler Nazi-Gegner, weil ein Polizeibeamter, ein Gesinnungsfreund, die Akte Diehl vernichtete und somit als Fall nicht mehr bestand. Auch gehört Diehl zu denen, die noch während des Krieges für die Zeit danach arbeiteten.

Diese Schrift ist auch als Sonderdruck der „Fragen der Freiheit“ erschienen und trägt den Titel „Aufstieg oder Untergang? - Geldreform und Wirtschaftsverfassung als Schicksalsfrage der menschlichen Gesellschaft“. Ich hatte vor, diese Schriften nur zu erwähnen. Ein Blick in Winklers „Freiheit?“ hat mich angeregt, das Kapitel IV. „Ringen um die Vollendung der 'So-

zialen Marktwirtschaft“ im Anhang II wiederzugeben. Ich denke, dieser Ausschnitt kann die Fehlentwicklung der BRD besonders gut sichtbar machen. Ein weiterer Beitrag von Ernst Winkler trägt den Titel „Was heißt >sozial< in der >Sozialen Marktwirtschaft<. Das ist gleichzeitig das Leitthema der *Fragen der Freiheit* Heft 118 vom Dezember 1975.

„Wie >sozial< ist die >Soziale Marktwirtschaft< ist auch ein Kapitel dem Buch „Den Kapitalismus umbiegen“ von Oswald von Nell-Breuning, 1990 von Friedhelm Hengstbach SJ herausgegeben. Von Nell-Breuning kann ebenfalls aus nächster Nähe der Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft berichten. Er war Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium. Er unterscheidet ebenfalls zwischen dem ursprünglichen und dem Folgekonzept und spricht in Anlehnung von Götz Briefs vom temperierten Kapitalismus. Von Nell-Breuning beschreibt die Probleme aber aus einer anderen theoretischen Perspektive, aus einem anderen Theorieansatz als Winkler. In mir kam die Frage hoch, warum sich Menschen, die sich erkenntnismäßig nahe stehen, häufig so schwer verstehen.

Wenn man die Gesamtproduktion von Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Büchern in Deutschland erfaßt, dann erscheint der Teil, den die Freiwirtschaft davon produziert hat, vermutlich erst in der zweiten Stelle hinter dem Komma. Für sich allein betrachtet ist diese Literatur aber ganz beachtlich, wenn auch sehr unterschiedlicher Qualität. Sie ist jedenfalls so groß, daß sie von einem Wirtschaftswissenschaftler, der auch Forscher ist, nicht übersehen werden kann. Ich will hier nur beispielhaft drei Titel von Dieter Suhr nennen. Er war Professor der Rechte in Augsburg und ist bei der Rettung der Tochter vor dem Ertrinken, selber ertrunken. Ich zähle auf: „Geld ohne Mehrwert - Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, 1983, Fritz Knapp Verlag; „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus - Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft“, 1986 Basis Verlag; „Gleiche Freiheit - Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“, 1988, Mette Verlag. (Wenn ich mich richtig erinnere, gibt es hiervon einen Nachdruck als Sonderdruck der „Fragen der Freiheit“. Auf der Rückseite des letztgenannten Buches ist folgender Text zu lesen:

*Bei den Grundrechtswissenschaftlern besteht
noch heute die eher unbewußte als
ausdrückliche Neigung, die Forderung nach
Gleichheit als mit der Forderung nach Freiheit
prinzipiell im Widerspruch zu sehen.
Es ist also zu befürchten, daß wesentliche
Grundlagen der wirklichen Freiheit der Menschen
zu wenig bedacht,*

*zuwenig erörtert und daher
auch in der Grundrechtspraxis zu wenig
verwirklicht werden.*

*Diese Studie gilt daher dem Gleichheitsprinzip als
fundamentaler Voraussetzung
aller grundrechtlichen Freiheiten.*

Anmerkungen zu: Ignorieren hilft nicht

Ökonomische Bildung fängt zu Hause an

VON MICHAEL-BURKHARD PIORKOWSKY

Die Diagnose steht fest, aber auch ein eigenes Schulfach oder Lernfeld „Finanzen“ würde das Problem nicht lösen. Viel sinnvoller wäre es dagegen, ein auf Haushalt und Familie bezogenes Fach an sämtlichen allgemeinbildenden Schulen einzuführen, wie es zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft fordert.

Vermittelt werden müsste nicht nur Instrumentalwissen wie Finanzplanung und Zinsrechnung, sondern auch Orientierungswissen. Die Orientierung bestünde darin, dass - mit Bezug auf demokratisch verfasste und pluralistische Marktgesellschaften - die Menschen in ihren Haushalten und die Familien als Hauptakteure von Wirtschaft und Gesellschaft verstanden werden. Im Laufe der Schulzeit kann der Unterrichtsstoff vom Haushalten zu den anderen Wirtschaftsaktivitäten problemlos weiterentwickelt werden: über Selbsthilfe, Ehrenamt und Erwerbsarbeit einschließlich Unternehmensgründung, sowie vom Wochenmarkt über den Flohmarkt und den Supermarkt bis hin zum Aktien- und Weltmarkt.

Wirtschaftliche Allgemeinbildung darf nicht nur die halbe Wirtschaft umfassen. Auch Finanzentscheidungen, sind eingebettet in die Ökonomie des Alltags. Jede Entscheidung für eine einzelne Ausgabe oder Vermögensanlage ist immer eine Entscheidung gegen eine andere Verwendung und berührt das gesamte Geldbudget, oft auch das Zeitbudget. ...

Aber wir sind fast alle nicht nur finanzwirtschaftliche, sondern - noch schlimmer - ökonomische Analphabeten. Die Konzepte der Wirtschaftsverbände, die seit langem eine bessere ökonomische Allgemeinbildung in den Schulen fordern, verkennen private Haushalte und ignorieren soziale Netzwerke sowie Vereine und Verbände. In ihrer Funktion als Produzenten personaler und kollektiver Güter kommen sie gar nicht oder nur marginal vor. Stattdessen wird ökonomische Bildung auf den Geld- und Güterkreislauf zwischen Haushalten, Unternehmen, Staat und Ausland sowie Aktivitäten in den Wirtschaftssektoren und Institutionen beschränkt. Dargestellt werden ausschließlich wirtschaftliche Transaktionen, die mit Geldströmen verbunden sind. Haushaltsproduktion, Selbsthilfe und Ehrenamt finden nach diesem Verständnis außerhalb der Wirtschaft statt. ...

Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes von Anfang der neunziger Jahre entfallen rund zwei Drittel der jährlich erbrachten 124 Milliarden Arbeitsstunden in Deutschland auf unbezahlte und nur gut ein Drittel auf bezahlte Arbeit. Angesichts der Bedeutung der „Nicht-Marktökonomie“ der Haushalte und des „Dritten Sektors zwischen Markt und Staat“ für die Güterversorgung und in Anbetracht des Ziels einer ökonomischen Allgemeinbildung

kann diese eingeengte Sichtweise nur verwundern.

Der Autor ist Professor für Haushaltsökonomie an der Universität Bonn und Mitglied des Wissenschaftlichen Gutachtergremiums für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Gut argumentiert! Ich kann zum nächsten Artikel übergehen? Nein, so schnell doch nicht. Ich selber habe mir 1964 zum erstenmal Gedanken gemacht zum Verhältnis entlohnter und nicht entlohnter Arbeit. Ich bin damals zu dem Schluß gekommen, daß entgeltliche Arbeit zusammenbrechen würde, wenn sie nicht durch die unentgeltliche gestützt würde. Ich kann mich an diese Denkfigur noch erinnern, weil sie durch die Verbindung mit einem Ort in mein Gedächtnis eingeritzt hat. Vorhin als ich in dem Buch „Den Kapitalismus umbiegen“ auf der Suche nach Aussagen von Oswald von Nell-Breuning bezüglich der möglichen (oder wahrscheinlichen) Arbeitszeitverkürzung durch den Produktivitätsfortschritt war, blieb ich bei dem Kapitel „Anteil einräumen - Arbeitszeitverkürzung in beschäftigungspolitischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht“ hängen. Von Nell-Breuning geht hier auf das Verhältnis von Erwerbsarbeit zur Eigenarbeit ein. (Dies ist ein Hinweis für jene, die an dem Thema weiterarbeiten wollen.)

Nun meine eigentlichen Anmerkungen. Ich hoffe mich nicht zu wiederholen: So wie eine rationale staatliche Finanzhaushaltsführung nur möglich ist, wenn dieser Haushalt nicht für eine untaugliche oder problematische Konjunktursteuerung mißbraucht wird, so ist auch nur eine rationale Hauswirtschaftsführung möglich, wenn von der Ebene der Volkswirtschaft der Hauswirtschaft nicht ständig willkürlich veränderte, unsichere oder verfälschte Daten geliefert werden. Orientieren kann sich der Mensch nur an Fixpunkten oder an Abläufen mit einer konstanten Bewegung. Ein Fixpunkt wäre z.B., daß der Betrag auf dem Sparbuch von heute auch in 5 oder 10 Jahren die gleiche Kaufkraft hat. Ein Beispiel für eine konstante Bewegung wäre z.B., daß das Stadtbad mit Sommerbeginn eröffnet wird und nicht aufgrund der leeren Kassen geschlossen bleibt. Auch die Zinsrechnung könnte eine Orientierungshilfe sein, wenn in den Schulen nicht vorwiegend als Beispiel ermittelt wird, wieviel man mit einer bestimmten Summe auf dem Sparbuch bei x-Prozent Zinsen im Jahr erhält, sondern die Zinslast (die zwischen 30 und 40% des verfügbaren Einkommens liegt) ermittelt. „Dargestellt werden ausschließlich wirtschaftliche Transaktionen, die mit Geldströmen verbundenen sind. Ich wollte dem darin enthaltenen Vorwurf zustimmen. Ich kann es aber nicht, denn auch die Eigenarbeit ist größtenteils nicht frei von Geldströmen. Ich drehe den Wasserhahn auf - das Geld fließt in die Gegenrichtung. Ich helfe bei der Nachbarin, Schränke zu rücken, sie bietet als Dank oder als Gegenleistung einen Tee an. Ich bleibe mit meinem Hemd an einem Nagel hängen und zerreiße es. Die Zubereitung des Tees und auch das Flickern des Hemdes kann als unentgeltliche

Brief von J. Abromeit vom Februar 2003 an „Die Zeit“ mit Anmerkungen und Anhängen / S. - 41 -

Veredlung betrachten, aber für die genutzte Energie, für das Wasser, für den Tee, den Kandis und die Sahne fließt Geld wie für die Nähnadel und das Nähgarn. Geld ist also nicht alles, aber ohne Geld ist nichts. Wichtiger ist mir aber zu sagen, daß die Art oder der Zustand der Erwerbsarbeit die Qualität und Art der Eigenarbeit oder Hauswirtschaftsarbeit bestimmt. Ich will versuchen zu verdeutlichen, was ich meine. Mir wurde berichtet, daß in Hannover Anfang der 30er Jahre Sozialarbeiterinnen (Fürsorgerinnen hießen die damals) beschäftigt waren, die unentgeltlich arbeiteten in der Hoffnung, daß die Stadt in ein oder zwei Jahren in der Lage wäre, ein Gehalt zu zahlen. Der Lebensunterhalt mußte damals von den Betroffenen Personen total durch Gartenbau und Naturaltausch in der Eigenarbeit erworben werden. (Das große Los hatte man schon gezogen, wenn ein Partner da war, der ein reguläres Arbeitseinkommen hatte.) In einer solchen Situation ist die Eigenarbeit der nackte Kampf ums Überleben, die für unentgeltliche Gemeinschaftsarbeit oder Teilhabe am sogenannten kulturellem Leben keinen Raum (Zeit und Geld) läßt. Hingegen in einer Situation der Vollbeschäftigung mit geringen Abgaben und Zinslasten, in der die Produktivitätssteigerung sich voll in einer Arbeitszeitverkürzung (und nicht in einem Arbeitslosenheer) ausdrückt, kann die Eigenarbeit ausgedehnt und in erwerbsfreie Arbeit ausgedehnt werden, und zwar auch in Bereiche, die kostenträchtig sind, weil die Erwerbsarbeit trotz Reduzierung die unentgeltliche Arbeit spielend mitfinanziert. Den zuletzt beschriebenen Zustand benötigen wir aber, wenn die Menschen wirklich an der Kultur und der Politik (wie immer man sie definiert) teilhaben und wenn Kulturanbieter eine Existenzchance haben sollen. Der heutige Erwerbsarbeitstag ist in der Regel mit notwendigen Pausen und Fahrwegen ohne Berücksichtigung der Überstunden immer noch gut 10 Stunden lang. Die erforderliche oder angestrebte Eigenarbeit kann daher nur unter Zeitdruck erledigt werden oder bleibt liegen. Das Wochenende, die Zeit der konzentrierten Eigenarbeit sind für die Familien oft Hochleistungstage. Mit anderen Worten: Eine gute gemeinschaftsbezogene und kulturell angereicherte Hauswirtschaft ist von einer guten störungsfreien Volkswirtschaft abhängig.

Anmerkungen zu: *Der Ost-Arzt - Ohne Stress* 'hof

Dieser Artikel ist ein ergänzender Fallbeispiel zu dem vorangehenden Artikel von Jutta Hoffritz mit dem Titel und der Schlagzeile „Am Kittel geflickt - Ärzte streiten mit Ärzten, Funktionäre mit der Ministerin. Beim Kampf um die Honorare geht es scheinbar ums Geld - in Wahrheit aber um die Macht im Gesundheitssystem.“ Liest man den Artikel, stellt man fest, daß das Streben nach Macht auch vorwiegend ein Streben nach Geld ist.

Selten kommt in Berichten über die Misere der Krankenkassen und Krankenkosten der entmündigte Patient, der entmündigte Bürger vor. Selten oder gar nicht wird bei diesem Thema erst einmal klar gestellt, daß wir es bei der vielbeschworenen Solidargemeinschaft mit einem Element der Zentralverwaltungswirtschaft, mit einem Stück von realexistierendem Kommunismus zu tun haben. Und noch nie wurde über eine Ministerin oder einen Minister berichtet, der sich zum Ziel genommen hat, diesen Teil der Arbeitnehmer-Ökonomie so zu gestalten, daß das Ministeramt überflüssig wird. In den Fallbeispielen wird über die Kinderärztin Hannoelore Heuchert, den Schönheitschirurgen Thomas Jansen und über den Ost-Arzt Herbert Bog unter dem Titel „Ohne Stress“ berichtet.

Herbert Bog ist Urologe in Rostock. Zu Zeiten der DDR arbeitete er als Oberarzt in einer der beiden Kliniken der Stadt. Als nach der Wende klar wurde, dass nur eine von beiden überleben würde, hat er seine eigene Praxis aufgemacht. Eigentlich konnte er stolz sein, denn er hat es geschafft und behandelt 1800 Patienten im Quartal. Doch wenn darüber diskutiert wird, dass heute, nur zehn Jahre später, die Fachärzte wieder in Kliniken angesiedelt werden müssten, weil die vielen Maschinen für einzelne Praxen zu teuer sind, wird er plötzlich sehr müde. „Ich will nur in Ruhe an meinen Patienten arbeiten können“, sagt Bog dann. „Was mich stresst, ist die Bürokratie, mit den Honoraren, die auf und ab gehen, obwohl die Arbeit stetig mehr wird.“ In dieser Stimmung denke er manchmal laut nach: „Mal sehen, ob ich bis 65 durchhalte.“ Und: „Wenn ich finanziell unabhängig wäre, würde ich aufhören.“ Doch erst muss er seine Praxis abzahlen. Hef

In diesem kurzen Beitrag zeigt sich die ganze Misere des Krankwesens (manche sprechen auch von der Krankheitsindustrie). Krankenhäuser - die doch eigentlich Gesundheitshäuser heißen müssten, weil der Kranke diese doch dort erreichen möchte, sind in der Regel keine privatrechtlichen wirtschaftlich autonomen Einheiten, sondern öffentlich-rechtliche, in denen sich die Politik austoben kann. Wenn Krankenhäuser privatrechtlich konstituiert sind, dann befinden sie sich über ein kompliziertes Subventionssystem doch in den Krallen der Gesundheitspolitiker. In meinem Geburtsort Barbel war ein Krankenhaus in der Rechtsform der Stiftung. Es wurde mit viel Subventionen ausgebaut und anschließend geschlossen.

Die Politik gibt dem genannten Arzt weder als Hauswirtschafter noch als Betriebswirtschafter die erforderliche Planungssicherheit. Den Streß mit den Honorarabrechnungen hat er dadurch, daß er nicht als autonomer, marktwirtschaftlicher Anbieter von Dienstleistungen auftreten darf, der mit seinen Kunden, seinen Patienten einen Vertrag ohne Beeinflussung durch die Politik, durch die Kassenärztliche Vereinigung und durch die Kassen aushandelt und direkt abrechnet. Angeblich kann dem Bürger, dem Arbeitnehmer und Rentner, nicht zugemutet werden, die Rechnung zu prüfen und seiner Krankenkasse vorzulegen, mit der er wiederum einen ganz indivi-

duellen Vertrag über den Umfang der abgedeckten Krankheitsrisiken hat. Der Widersinn wird deutlich, wenn wir uns vorstellen, unser ökonomisches Verhältnis zum Friseur, zum Bäcker und zur Autowerkstatt wäre so, wie zum Arzt. Das ist die eine Seite der Geschichte: Die andere Seite hängt wieder mit der Zinslast zusammen, die individuell und kollektiv das Gesundheitswesen tragen muß. Und von dieser Seite wird in der Presse so gut wie gar nicht berichtet.

> „Wenn ich finanziell unabhängig wäre, würde ich aufhören.“ Doch erst muss er seine Praxis abzahlen.< Warum fällt das dem Arzt (hier allgemein als Kreditnehmer verstanden) so schwer?

Erst einmal zu der unsichtbaren Zinslast: Als man mir diese zum erstenmal verständlich machen wollte, habe ich dedacht, die Leute spinnen und übertreiben. Für mich gab es einseh- und kontrollierbare Soll- und Haben-Zinsen, Dividenden und Grundrente. Mehr nicht. Basta! In Wirklichkeit, daß mußte ich einsehen, ist aber in jedem Preis, den wir zahlen ein Kostenbestandteil Zins enthalten. Dieser Zinsanteil im Preis ist bei kurzlebigen Gütern (also mit hohem Abschreibungsanteil) niedrig und bei langlebigen Gütern (mit niedriger Abschreibung für Abnutzung) hoch. Bei der Miete für die Wohnung macht das je nach Zinsatz bis zu 75% aus. Mathias Bröckers schreibt in seinem Buch „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11. 9. (bei Zweitausendeins) in dem Kapitel „Die Geldverschwörung“:

Die Geldverschwörung läuft seitdem unangefochten und weitestgehend unbemerkt weiter, und nicht nur das: Obwohl jeder Geld benutzt und bei jedem Einkauf, bei jeder Rechnung Zinsen bezahlt, weiß doch kaum jemand von dieser Verschwörung bzw. hält den Zusammenhang von Geld und Zins für so naturgegeben wie den von Wasser und Feuchtigkeit. (S.57)

In Anhang zu meinem Text „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“ (siehe Internetseite oder CD-ROM) habe ich eine Tabelle von Helmut Creutz mit neueren Zahlen eingefügt. Mit dieser Tabelle kann man leicht errechnen, ob man zu den 10 % Gewinnern oder zu den 90% Verlierern dieser „Verschwörung“ gehört. Neben der Tastatur habe ich ein achtseitiges Faltblatt zum gleichen Thema von dem Schweizer Otto Studer liegen, das bestimmt vor 1950 entstanden ist, das neben einer ausführlichen Ermittlungstabelle mit einem Kurzttext die Wirkungszusammenhänge verdeutlichen kann. Es könnte als Vorlage für neue Unterrichtsmaterialien dienen.

Unser Beispiel-Arzt verdient nach der Tabelle, die auch in der Zeit steht, nach Abzug der Kos-

ten rund 100.000 €. Gehen wir in diesem Fall davon aus, daß das sein Nettoeinkommen ist. (Das ist insofern berechtigt, als seine Steuerlast auch zu einem Großteil dazu dient, die Zinsschulden des Staates zu bezahlen.) Der Arzt freut sich, daß ihm soviel verblieben ist und gibt das Geld für Güter und Dienstleistungen aller Art aus. Er hat dann - ohne daß er es merkt - 30 bis 40 Tausend € Zinsen gezahlt. Um diese Summe hätte er seine Heildienstleistungen billiger anbieten können, wenn der Zins auf Null auf Null gesunken wäre, ohne auf irgend etwas verzichten zu müssen. Dieser verdeckte Vorgang wiederholt sich bei seinen laufenden betrieblichen Ausgaben. Auch belasten die Zinsen die teure Apparatur. Gehen wir bei den Praxisräumen von Anschaffungskosten von 250.000 € und der Praxiseinrichtung ebenfalls von 250.000 € aus. Und nun nehmen wir an, der Arzt hat das alles mit einem günstigen Zinssatz von 6% finanziert bekommen. (Den Eigenanteil an der Finanzierung kann man hier außer betracht lassen, weil die Verzinsung des Eigenkapitals kalkulatorisch auch erfaßt werden muß) 500.000 zu 6% macht eine Jahreszinslast von 30.000 €. Der gleiche Vorgang wiederholt sich bei den ergänzenden Heilberufen, im Krankenhaus, bei der Apotheke und der Pharma-Industrie. Meine Zahlen mögen zu ungenau sein, aber der Gedanke stimmt. Und wenn sich die Gesundheitsministerin dieser Zusammenhänge nicht bewußt ist, dann ist sie in einer Situation eines Piloten, der bei Tag gestartet ist, in die Nacht kommt und feststellt, daß die Nachtfluginstrumente im Flugzeug fehlen oder defekt sind.

Aber noch etwas anderes zum Thema. a) Bei einem Zins bei 2, 1 oder Null Prozent würde es unserem Arzt es spielend leicht fallen, die aufgenommenen Darlehen zu tilgen. b) Bei einem Zins gegen Null hätte der junge Arzt, der seine neue Praxis mittels Kredit finanzieren muß, keinen wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem alteingessenen Arzt, der seine Praxisinvestitionen schon verdient hat. Das Eigenkapital würde genauso nur mit 0% wie das Fremdkapital des jungen Arztes verzinst.

Anmerkungen zu: *Im Konsumverzichtsrausch*

Sparsame Menschen gelten als Konjunkturrisiko. Aber die Gesellschaft ist nicht nur Markt, der Bürger mehr als ein Kunde / Von Susanne Gaschke

Auch der Artikel von Susanne Gaschke ist anregend. Er zeigt aber auch, daß wir nicht zu viel, sondern zu wenig über die Ökonomie sprechen. Vor allem das offene, nicht von Parteiinteressen und von Ideologien geprägte Gespräch ist notwendig. Natürlich ist die Gesellschaft nicht

nur Markt. Aber je besser der Markt funktioniert, um so mehr Zeit und Geld hat die Gesellschaft für soziale, religiöse, philosophische, kulturelle und schöne Dinge des Lebens. Wir werden in all den aufgezählten Bereichen schmerzliche Mängel erleben, wenn es nicht gelingt unsere Ökonomie (lokal, national und international) in Ordnung zu bringen. Und zwar so gut, daß wirtschaftliche Sorgen nicht mehr unser Denken bestimmen.

Ein Ökonom der sagt, ihr lebt, um zu wirtschaften, damit ich mir Gedanken machen kann über das, was dabei herauskommt (und nicht umgekehrt), ist wie ein Arzt, der seinen Patienten sagt, ihr lebt, um krank zu sein, denn das füllt meine Praxis. Über ökonomische Zustände und Vorgänge kann man natürlich in verschiedener Weise schreiben. Wir können Unbehagen formulieren oder mißliche Zustände artikulieren, ohne nach Ursachen und Lösungen zu fragen oder ohne solche zu erkennen und zu benennen. Durch die Beschreibung von Übelständen ein latentes Problem in das eigene Bewußtsein und das der Öffentlichkeit zu heben, ist eine wichtige Aufgabe, weil das die Voraussetzung für die folgenden Analysen und die Suche nach Strategien zur Auflösung des jeweiligen Problems ist. Susanne Gaschke hat einen guten Bericht dieser ersten Art vorgelegt. Schwieriger ist es, über Analysen und mögliche Problemlösungen zu schreiben. Das liegt sicher daran, daß es hier um Dinge geht, die dem Auge nicht sichtbar, mit größerer geistiger Anstrengung des erstmaligen Erkennens oder nachvollziehenden Verstehens verknüpft und letztlich mit Unsicherheit bis zu dem Zeitpunkt verbunden sind, bis alle - durch die Erfahrung belehrt - sagen: Ja, das ist die Lösung. Jedenfalls kann der Schreiber (als Journalist, Redakteur oder sonst was) vom Erkennen eines Problem bis zu seiner sicheren Lösung nicht schweigen, sondern er muß seine Unsicherheit bekennd sich umhören (auch bei ungewohnten Quellen), um zu erfahren, was auf dem Ideenmarkt feilgeboten wird, und dies seinem Publikum mitteilen. Und dann muß die Rückkopplung vom Publikum / Leser zum Schreiber funktionieren, damit auf übersehene mögliche Lösungen aufmerksam gemacht werden oder schon beschriebene Wege eventuell als Holzwege²⁵ entlarvt werden können.

Die Überschrift des Artikels „Konsumverzichtsrausch“ ist ein Unwort, das ich der Redaktion anlaste. Es gibt z.B. einen Alkoholrausch, aber von einem Alkoholverzichtsrausch habe ich noch nie gehört, noch weniger habe ich ihn erlebt. Konsumverzicht, gibt es: weil man morgen mehr verbrauchen können möchte als aus der Tageseinnahme möglich, weil man in bestimmten Bereichen gesättigt ist, weil man die Askese als Lebensform entdeckt hat, weil schlechte Zeiten befürchtet werden, weil man sich dem Neid anderer nicht aussetzen möchte oder weil das leere Portemonnaie, das überzogene Konto einen dazu zwingt. Nirgendwo ist der Rauschzustand zu

25 Warum ist der Holzweg eigentlich eine irrije Vorstellung?

erkennen. Wenn diese Haltung nicht vereinzelt auftritt, dann weil die reale Situation für alle Betroffenen gleich ist oder weil eine Massenspychose ausgebrochen ist.

Ich gebe jetzt einzelne Passagen in Originalfassung von Susanne Gaschke wieder, um kurz ohne Umschreibung des Ausgangstextes meinen jeweiligen Kommentar formulieren zu können:

Die Wahrheit ist, dass dieses Land gesättigt ist mit Plüschtieren, Hörkassetten, Playmobil und Plastikschrott aus Überraschungseiern. Es geht nichts mehr rein. Und das Gleiche gilt für Kühlschränke (99,3 Prozent aller Haushalte), Fernsehgeräte (95,9 Prozent), Waschmaschinen (95,1 Prozent) und Autos (75,1 Prozent). Die Handyquote ist in drei Jahren von 16,5 auf 55,7 Prozent geklettert. 73 Prozent der Haushalte haben eine Gefriertruhe, 68 Prozent einen Videorecorder, 58 Prozent einen Mikrowellenherd, 53 Prozent einen PC und 32 Prozent eine Satellitenschüssel. Selbst wenn sich der Ausstattungsgrad mit Satellitenschüsseln offenkundig verbessern ließe, muss man feststellen: Bei uns mangelt es den wenigsten Menschen an Sachen. Auch nicht den Sozialhilfehaushalten, die einem reflexhaft als Gegenargument einfallen: Noch in den schlimmsten Ghettos des Sechziger-Jahre-Wohnungsbaus ist die Versorgung mit Geräten der Unterhaltungselektronik bemerkenswert. Und jeder hat ein Sofa, wenn auch vielleicht keines, das Schöner Wohnen-Standard entspricht. Es mag im einschlägigen Milieu, neben vielen immateriellen Kümernissen, Probleme mit Schulden geben - und natürlich mit Geldnot, natürlich mit Arbeitslosigkeit. Aber die Dinge sind gekauft, jetzt oder früher, neu oder gebraucht.

Natürlich gibt es eine Sättigung bei einzelnen Gütern. Beispiel dafür kann sicher jeder nennen. Mir fällt eine Eier-Geschichte ein: Ein Kriegsschiff kaperte im zweiten Weltkrieg ein Handelskühlschiff, das unter anderem Eier geladen hatte. Die Besatzung des Kriegsschiffes war darüber hoch erfreut, denn ein Ei hatten sie lange nicht gegessen. Der Genuß war am Anfang hoch, doch da es so viele Eier waren, wurden sie bald zum Verdruß. Die Folge war, daß die Bezeichnung „Du Ei!“ als die schlimmste Beleidigung galt.

Bei Nell-Breuning las ich kürzlich in dem Kapitel „Steigende Arbeitsproduktivität - Segen oder Fluch?“ aus „Den Kapitalismus umbiegen“ den Satz:

>Knapp< bleiben die Güter immer, auch bei noch so großem Wohlstand und Überfluß, weil Ansprüche und Wünsche jeder noch so starken Vermehrung der Mittel vorausseilen.

Diese Erkenntnis kann man auch bei anderen Autoren lesen oder sich selber erarbeiten. Bei Horst Wagenführ las ich vor Jahrzehnten, daß es in der Ökonomie nicht auf die Bedürfnisse ankäme, sondern auf den Bedarf. Und der Bedarf wären die Bedürfnisse, die mit Kaufkraft ausgestattet seien. Damit sind wir wieder bei Geld. Es ist für den Kauf nicht vorhanden oder es wird wegen der unsicheren Entwicklung oder wegen einem deflationären Preisverfall gespart

(zur Bank getragen) oder unter der Matratze gehortet. Das Horten ist aber eine Sabotage der Konjunktur, weil es den Geldkreislauf unterbricht. Und das Nichtvorhandensein von Kaufkraft in Haushalten mit Bedarf ist auch eine wesentliche Folge der Fehlleitung von Einkommen aufgrund der schon angesprochenen Zinsströme von den Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf.

Von der Statistik über die vorhandenen Güter soll man sich nicht täuschen lassen. Darin sind auch viele Güter erhalten, die aufgrund der mangelhaften Qualität nahe an der Schrottreife sind. In vielen Haushalten wird gehofft, daß das Gerät noch etwas durchhält, weil das Geld für ein neues fehlt. Außerdem hätten wir eine andere Einkommensverteilung, dann hätten wir auch eine andere Nachfragestruktur. Unikate aus dem Bereich Handwerk, Kunsthandwerk und Kunst würden nachgefragt, Bildungsangebote und Angebote der Körper- und Seelenpflege würden sich vervielfachen.²⁶

Da unsere Bedürfnisse unbegrenzt sind, ist aus ökologischen Gründen eine Erfüllungsbremse erforderlich. Und diese Bremse ist die Anstrengung, die Arbeit, die vor der Erfüllung steht. Und das ist gut so.

Und nun, nach Jahren, in denen eine Mehrheit, das Sofa von Tante Ilse mühelos durch Ikea ersetzen konnte und eine beachtliche Minderheit selbst beim Umstieg von Ikea auf Rolf Benz noch Geld für Telekom-Aktien übrig hatte - nun gibt es eine Krise. Eine Nachfragekrise. Einen Konsumentenstreik. Nicht nur Werftarbeiter und Autobauer fürchten nämlich plötzlich um ihren Arbeitsplatz, sondern auch Luxusdienstleister aus bis vor fünf Minuten vermeintlich unerschütterlichen „Zukunfts“-Branchen: Berater für dieses und jenes, Werber, Journalisten. Börse und New Economy haben sich als überbewertete Hoffnungen erwiesen.

Die öffentlichen Kassen sind leer, was man an einer leicht ausfransenden Infrastruktur spürt (Straßen, Turnhallendächer), ...

In dieser unübersichtlichen Lage tun die Menschen etwas subjektiv absolut Vernünftiges: Sie geben weniger Geld für Konsumgüter aus, die sie nicht brauchen; sie versuchen, möglichst billig einzukaufen; sie sparen mehr, im Durchschnitt 10,7 (2002) statt bisher 9,8 Prozent (2001) ihres verfügbaren Einkommens.

Und sofort hebt ein lautstarkes Gejammer ausgerechnet in jenen Finanzblättern und bei genau den Publizisten an, die in der Vergangenheit stets sofern für „Eigenverantwortung“ und durchaus auch für individuelle Nutzenmaximierung eingetreten sind. Die höchst auto-

26 Die Situation von heute an zwei Beispielen: In der Nachbarschaft ist eine Töpferin, die gute und schöne Keramik fertigen kann, sie kann es aber nicht zu einem Preis, der mit dem Preis der fabrikmäßig hergestellten Ware mithalten kann. Für mehr haben die Leute aber in der Regel kein Geld. Also unterbleibt die handwerkliche Produktion der Nachbarin. Neulich brauchte ein mir bekannter Tischler ein Regal. Er stellte fest, daß das Regal bei IKEA im Preis als fertiges Produkt billiger war, als sein Einkaufspreis für das rohe Holz. Das letzte Beispiel ist ein Hinweis darauf, daß die Preisrelationen nicht mehr stimmen.

nome Entscheidung, sich in der Krise zusätzlich zum Festnetzanschluss und Alt-Handy kein Bildübertragungs-Vodafone zu leisten, kollidiert offenbar mit einer nationalen Bürgerpflicht zum Konsum. Jedenfalls wird das „Angstsparen“ der Verbraucher gehörig angeprangert und ihr mangelnder Mut beklagt, „freudig“ zu konsumieren; wer nichts kauft, ist automatisch „pessimistisch“. ...

Ja, „die Menschen (tun)etwas subjektiv absolut Vernünftiges“, aber objektiv etwas Falsches. Um Arbeit und Einkommen für alle zu sichern, muß das Einkommen, das in der Produktion verdient wird, wieder zur Nachfrage bei der Produktion nächster Stufe werden. Mit anderen Worten: Damit morgen die Märkte gefüllt werden können, müssen sie heute geräumt werden. In einer jungen Wirtschaft (jung = Start nach einem Zusammenbruch) ist das kein Problem. Der Bedarf ist so groß, daß sogar Waren mit Mängeln ihren Käufer finden, und jede gesparte Geldeinheit findet eine gutverzinsliche Anlage. Kommt die Wirtschaft in die Jahre, hat sie Fett angesetzt in Form von Realkapital, wird es problematisch. Das gesparte Geld (inzwischen in akkumulierter Form) muß sich mit immer geringerer Verzinsung zufrieden geben. Aber da spielt das Geld irgendwann nicht mehr mit. Hier setzt die Liquiditätsfalle ein, von der Keynes spricht. Das Geld übt seine Nachfragefunktion nicht aus, die Märkte werden nicht mehr geräumt. Arbeit und Einkommen werden reduziert. Das reduzierte Einkommen der Leute mit Bedürfnissen, die nicht mehr zum Bedarf werden, verhindern zusätzlich die Markträumung. Eine Weile kann man dieser Situation dadurch aus dem Wege gehen, daß der Staat sich mit einem für Anleger attraktiven Zinssatz verschuldet und mit dem so gewonnenen Geld Großprojekte (Raumfahrt, Rüstung, Atomkraftwerke etc.) finanziert. Das Ende der Fahnenstange bei dieser Methode ist erreicht, wenn die Zins- und Tilgungsleistungen dem Staat nicht mehr ermöglichen, andere Verpflichtungen einzuhalten.

Das „Gejammer ausgerechnet in jenen Finanzblättern“ kommt daher, daß die Finanzsphäre, das mit dem modernen Staat konkurrierende Raubrittertum, nur aus dem reichlichen Verkehr am Fuße ihrer Burgen Beute machen kann.

Es war in den vergangenen Jahren nicht angesagt, den Wachstumsbegriff infrage zu stellen, der dieser Ratgeberhaltung zugrunde liegt: Erstens hatten sich die globalen „Ende-des-Wachstums“-Szenarien aus den achtziger Jahren als Schwarzmalerei erwiesen. Zweitens war die Verzichtsethik dieser Zeit so angstbesetzt und weltuntergangsorientiert, dass sie einer in Frieden, Freiheit und Wohlstand heranwachsenden Hedonisten-Generation auf Dauer einfach nicht gefallen konnte: Es fehlte zur Ethik die Ästhetik. Und drittens hat sich, spätestens seit dem Scheitern des Realsozialismus, ein ökonomistischer Imperativ über die ganze Gesellschaft gelegt: jener neoliberale Mainstream, der inzwischen bis in jede Lokalredaktion, jedes Lehrerzimmer und sogar manchen Rentner-Frühshoppen der SPD vorgedrungen ist.

Es war schon vor den achtziger Jahren richtig zu sagen, daß wir unsere ökonomischen Probleme nicht durch Wachstum lösen können, und es ist auch heute - auch bei optimistischer Lebens einstellung - richtig, daß das Wachstum unsere Probleme nicht lösen kann. Die Wachstumspeitsche wurde in der Vergangenheit vor allem dafür benutzt, um Verteilungskämpfe zu entschärfen. Wenn die Arbeit etwas mehr vom Kuchen erhielt, blieb der Wille zum Aufstand gegen das Wachsen des Anteile der Faktoreinkommen Kapital und Boden aus. Schon eine Lohnsteigerung in Höhe der Inflationsrate verlieh den Arbeitnehmern das Gefühl, sie bekämen mehr als vorher. In der Wirtschaftspolitik wird eben viel verschleiert, so wie von der Wirtschaftswissenschaft verschleiert wird, daß es nur einen Produktionsfaktor gibt, nämlich die Arbeit. Die Zahlungen an die „Faktoren“ Boden und Kapital sind eben Tributzahlungen oder mit dem marxischen Begriff benannt: Mehrwert, der der Arbeit vorenthalten wird.

Da das wirtschaftliche Wachstum am Stand des Vorjahres gemessen wird, folgt daraus eine exponentielle Wachstumskurve mit Verdoppelungsraten, die jedes Ökosystem sprengen muß. Was wir in den Volkswirtschaften brauchen, sind Wachstumskurven, wie sie in der Natur vorgegeben sind. Beim Start (Geburt) schnell wachsend, sich dann abflachend und auf einem Leben erhaltenden Niveau stabilisierend. Um sich diese Stabilisierung konkreter vorstellen zu können, muß man sich das Kronenprofil eines Waldes aus einer gewissen Entfernung im Zeitablauf vorstellen. Es scheint immer gleich zu bleiben, die wegsterbenden Bäume werden durch nachwachsende ersetzt. Nur die Katastrophen (wie Wirbelstürme) erzeugen Einbrüche in das Stabilitätsprofil, die länger brauchen, um sich auszugleichen.

„Es fehlte zur Ethik die Ästhetik“ Das ist ein wahrer Satz. Und dieser Mangel kommt daher, daß die heutige Ethik eine Maske für die Unmoral ist.

Zum „neoliberale Mainstream“ soviel. Um den Sachverhalt richtig zu benennen, müßten wir vom neo-neoliberalen Mainstream sprechen²⁷, den der ursprüngliche Begriff *neoliberal*, der wie ich an anderer Stelle schon gesagt habe, identisch oder fast identisch mit dem Begriff *ordoliberal* ist, hatte alles andere zum Ziel, nur nicht die ökonomischen Zustände, die wir heute haben. Aber die Übel dieser Welt kommen seltener durch einen bösen Willen zum Ausdruck als durch einen guten irrenden Willen. Es hat also keinen Sinn, auf unsere neo-neoliberalen Schwestern und (zahlenmäßig stärkeren) Brüder zu schimpfen und sie zu verteufeln, sondern wir müssen

27 Oder die ursprünglichen Neoliberalen müssen wir als Alt-Neoliberalen benennen. Diese Schwierigkeiten hätten wir heute nicht, wenn die Herrschaften sich in der Frühzeit der BRD auf *ordoliberal* festgelegt hätten

sie argumentativ auf einen anderen Kurs bringen. Das geht aber nur, wenn das Ruder nicht nur an der Oberfläche hängen bleibt.

Er lautet: Gut für alle ist, was der Wirtschaft nützt. Nach diesem Verständnis von Politik und Gesellschaft sind es die Arbeitnehmer selbst, die darüber entscheiden, ob sie einen Arbeitsplatz haben: Wenn sie auf Kündigungsschutz und Mitbestimmung bestehen, sieht es schlecht aus und ebenso, wenn sie sich - wie im Augenblick - ihren Konsumentenpflichten entziehen. ...

Ein so formulierter Imperativ ist Unsinn, wenn mit Wirtschaft die Summe der Unternehmen gemeint ist. Diese Formulierung ist schon deshalb nicht brauchbar, weil unter diesem Begriff sehr unterschiedliche bis entgegengesetzte Interessen subsumiert werden. Wenn aber mit Wirtschaft der Teil der Tätigkeit gemeint ist, der uns die materielle Basis für unsere ganzen Bedürfnisse und Lebensäußerungen gibt, dann muß die Formulierung heißen: Diejenige Wirtschaft ist gut, die allen nützt und den Menschen dabei Mensch sein läßt. Es liegt auch in der Hand der Journalisten, ob wir dieses Stadium der Wirtschaft einmal erreichen werden.

Das Stichwort „Konsumentenpflicht“ läßt sich am leichtesten kommentieren. In der Tat ist es so - ich bin schon darauf eingegangen -, daß in einer arbeitsteiligen Wirtschaft, die erst durch das Geld ermöglicht wird, das Einkommen wieder zur Nachfrage werden muß. Diese Nachfrage kann auch stellvertretend durch zeitweilige oder endgültige Übertragung geltend gemacht werden. Hier sind die Schenkungen, die Steuern und der Kredit zu nennen. Was der Konjunktur und damit Wirtschaftsgemeinschaft schadet, ist die Herausnahme des Geldes aus dem Kreislauf. Das meint der Begriff *horten*. Taler, Taler, du must wandern, von dem einem zu dem andern. Der Rubel muß rollen. Um den Geldkreislauf und damit die Konjunktur zu verstetigen, sowohl deflatorische wie auch inflatorische Tendenzen zu vermeiden, schlägt die Freiwirtschaft vor, das Geld mit einer Umlaufsicherung zu versehen. Die einzelne Geldeinheit soll bei stabilem Preisniveau mit einem Wertverfall in einer Höhe versehen werden, wie sie die Ware auch hat. Wenn das Prinzip erst verstanden wurde, ist die optimale technische Durchführung kein großes Problem. Eine Auseinandersetzung gibt es aber darüber, ob das Giralgeld auch unter einen Umlaufdruck gesetzt werden muß. Da das sogenannte Giralgeld oder Buchgeld kein Geld ist, sondern Forderungen auf Geld sind, ist hier eine Umlaufsicherung nach meiner Einsicht auch nicht nötig. Dies ist aber ein Gebiet, wo Versuch und Irrtum die besten Wegweiser sind.²⁸

28 Eine Giralgeldumlaufumsicherung wäre mit bürokratischen Eingriffen bei den Kreditinstitutionen verbunden, diese sollte man möglichst vermeiden.



Einschub / Nachtrag: Ich entdeckte folgenden Text. Ich hoffe der Bericht ist keine Ente, sondern eine Nachricht. Möglich ist beides*):

Patent auf „rostende Banknoten“

Giesecke & Devrient, größte Gelddruckerei der Welt und Lieferant von Banknoten für mehr als 40 Zentralbanken weltweit, stellt am 1. April an ihrem Sitz in München ihre inzwischen patentierte neueste Erfindung öffentlich vor: Rostende Banknoten.

Man reagiere damit auf die Veröffentlichungen verschiedener Verbände, Organisationen und Wirtschaftsprofessoren im Umfeld der so genannten „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ über die Einführung eines entsprechenden Geldsystems, so ein Sprecher des Unternehmens: „Als Technologieführer im Bereich des Zahlungswesens wollen wir uns auf eine entsprechende Nachfrage rechtzeitig einstellen.“

Bei der Herstellung der neuen Geldscheine wird die Oberfläche des Papiers mit einer Beschichtungstechnologie („Sputtern“), wie man sie auch zum Entspiegeln von Brillengläsern verwendet, mit einer hauchdünnen Metallschicht überzogen. Im Gebrauch beginnen die Scheine nach kurzer Zeit zu rosten, weil jeder Fingerabdruck kleinste Mengen Säure hinterlässt. Aber selbst gebündelt in Tresoren verlieren die neuen Noten an Wert, weil auch die Luftfeuchtigkeit in Verbindung mit Sauerstoff den Oxidationsprozess unterstützt.

Rosten soll Umlauf antreiben

Der Rost führt dazu, dass die Nutzer das Geld schnell wieder ausgeben oder auf Sparkonten einzahlen. Nach spätestens einem Jahr würden die aufgedruckten Notenwerte unleserlich und könnten bei den Geschäftsbanken nur noch gegen eine Gebühr eingezahlt werden.

Unterstützt wurde die Firma auch von der Deutschen Bundesbank, die dazu eine eigene Projektgruppe eingerichtet hatte. Deren Leiter, Dr. Silvio von Vith, erklärte, man plane im nächsten Schritt, ein Konzept für die Verwendung der neuen Geldscheine im Zahlungsverkehr zu entwickeln. Die Deutsche Bundesbank verspricht sich von der Innovation einen gleichmäßigeren und damit präzise steuerbaren Geldumlauf.

Aus *HUMANWIRTSCHAFT* / Ausgabe Februar / März 2003

Kontakt: Verlag Humanwirtschaft, Humboldtstraße 108, D-90459 Nürnberg



Mit der Mitbestimmung ist das so eine Sache. Grundsätzlich muß gelten: Wer haftet, der darf bestimmen. Dieses Bestimmen kann von dem, der haftet, natürlich auch delegiert werden. Aus marktwirtschaftlicher Sicht können auch Arbeitnehmer gleichzeitig voll oder teilweise Gesell-

*) Anmerkung vom April 2004: Es war ein Aprilscherz.

schafter (Eigentümer) des Unternehmens sein, in dem sie arbeiten. Sie haften und bestimmen mit in der Höhe ihres Anteils am Unternehmen. Ein Mitbestimmungsrecht aufgrund von haftendem Eigenkapital zu erwerben, ist für Arbeitnehmer ein Kinderspiel, wenn das Kapitaleinkommen bis auf Restgrößen in Arbeitseinkommen transformiert wurde. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung (wir haben keine) ist aber die per Gesetz eingeräumte Mitbestimmung ohne Haftung und dann auch noch auf Vertreter externer Verbände delegierte Mitbestimmung ein Fremdkörper.

Wir haben nun aber eine vermachtete, kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft. Der US-Amerikaner Charles Reich schrieb schon Anfang der 70er Jahre über diese antimarktwirtschaftlichen Großgebilde, daß sie in sich das wahre Modell der Kommandowirtschaft realisiert hätten. Daß man diesen wirtschaftlichen „Großmächten“ eine bescheidene organisierte Kontrolle der Arbeitnehmer beordnet, kann sicher nicht schaden²⁹ und schadet auf keinem Fall der Konjunktur. Aber bei der Mitbestimmung in Unternehmen mit Marktmacht würde ich dafür plädieren, die Vertreter direkt aus der Arbeitnehmerschaft des jeweiligen Unternehmens zu wählen. Das ist eine funktional gedachte und keine gewerkschaftsfeindliche Äußerung. (Die Gewerkschaften müssen sich sowieso neu definieren, wenn sie nicht in der Rumpelkammer der Geschichte landen wollen.)

Wenn gesagt wird, daß die Arbeitnehmer selbst entscheiden, ob sie Arbeit haben oder nicht, dann ist ja gemeint, sie sollen mehr arbeiten und weniger Lohn fordern. Die Lohnquote wird als zu hoch angesehen und die Arbeitnehmer sollen bescheidener werden, damit der Kapitalertrag steigen kann. Das ist eine Sackgasse. Dagegen müßte eigentlich eine Koalition aus Unternehmern und Arbeitnehmern ankämpfen. Die Koalition kommt nicht zustande, weil das Arbeitseinkommen des Unternehmers nicht vom Kapitaleinkommen (das in geringem Umfang auch die Arbeitnehmer erhalten) unterschieden wird.

Kündigungsschutzbestimmungen sind für die, die Arbeit haben - nicht immer, aber häufig - ein gewisser Schutz. Insgesamt gesehen sind bei dem derzeitigen Zustand unserer Wirtschaft die Schutzbestimmungen wie eine Sonnenschirm, der bei Regen nichts taugt. Ist die Konjunkturlage und der Ertrag gut, nehmen die Unternehmen die Schutzbestimmungen hin, wie die steuerliche Belastung. Bei Vollbeschäftigung wirbt man sogar damit, um neue Mitarbeiter anzulocken. Bei schlechter Konjunkturlage weichen die Unternehmen lieber auf Überstunden und Leiharbeiter aus. Daraus ist den Unternehmen kein Vorwurf zu machen. Ich schätze, 95%

29 Das auf diese Weise Unternehmen am Wissen und an der Gestaltungsfähigkeit der Arbeitnehmer über die Leistung, für die sie angestellt wurden, hinaus teilhaben, wird vielfach berichtet.

der Arbeitnehmer würden sich in der Rolle des Unternehmers in gleicher Weise verhalten. Ein Vorwurf ist der Politik zu machen, daß sie nicht Verhältnisse schafft, in denen der Arbeitnehmer kein großes Bedürfnis nach Schutzklauseln entwickelt und der Arbeitgeber keinen Grund hat, sich gegen solche zu wehren. Ein besonderes Schutzproblem ist das der schwangeren Frauen, die sich um einen Arbeitsplatz bewerben. Neulich bekam ich per E-Mail einen jubelnden Bericht darüber, daß ein Gericht geurteilt hat, daß eine schwangere Frau bei der Bewerbung ihre Schwangerschaft nicht angeben muß. Gibt sie auf eine entsprechende Frage eine falsche Auskunft, hat die Auskunft keine Rechtsfolgen. Daß eine schwangere Frau auch einen wirtschaftlichen Schutz benötigt, steht außer Frage. Die Frage ist nur, wer die Kosten dieses Schutzes tragen muß, das Unternehmen, das keinen Nutzen von der Schwangerschaft hat, oder die Gesellschaft, die auf eine angemessene Geburtenrate angewiesen ist. Bei größeren Unternehmen mag es vielleicht keine große Rolle spielen, ob sie für ein paar Arbeitnehmerinnen zahlen muß, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, für Kleinunternehmen kann es im Extremfall den Konkurs bedeuten. Es macht also schon einen Sinn, über die vielen Regelungen nachzudenken, die im Grunde gedacht waren, den Kapitalismus zu zähmen und doch nur dazu dienen, seine Zähne zu schärfen.

Über Profitinteressen der Wirtschaft oder auch nur über Managergehälter, über vernünftige oder spekulative Unternehmensentscheidungen zu sprechen, ist gänzlich aus der Mode gekommen, gilt als peinlich, sozialneidisch, nickelig. Und die Frage danach, was eigentlich außer Geld und Aktienbesitz, Prada-Handtasche, Palm-Top und Offroadler glücklich macht, ist komplett aus der öffentlichen Debatte verschwunden. ...

Die Wirtschaft muß - als Gesamtheit oder als einzelne Einheit, wer immer sie in welcher Form betreibt - auf Dauer einen höheren Ertrag haben als die Summe der Kosten. Sich dagegen zu wehren, daß dieser Zustand aufgrund von Fremdeinwirkung des Staates - mit gesetzlichen Normen, marktverfälschenden Subventionen, zu hohen Steuerlasten und Unterlassung sachgerechter Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung - nicht erreicht wird oder nicht mehr erreicht werden kann, ist mit demokratischen Mitteln berechtigt, ja notwendig. Anders sieht es aus mit dem Renditeanspruch, der immer wieder geltend gemacht wird. (bei dem Begriff Profit besteht ohne nähere Beschreibung immer die Unsicherheit, ob die Rendite, also Zins oder das Arbeitseinkommen mit Risikoprämie oder alles zusammen gemeint ist.) Egal ob wir die Rendite von der christlichen Soziallehre, vom sozialistischen Standpunkt oder aus der Perspektive der marktwirtschaftlichen Leistungsgesellschaft betrachten, sie hat keine Berechtigung. Sie ist Diebstahl oder Ausbeutung, die Verweigerung der Arbeit ihren vollen Ertrag zu zahlen. Marktwirtschaftlich gesehen ist die Rendite nur als Knappheitsindikator akzeptabel. Die Berechtigung

gung der Rendite ist aber daran gekoppelt, daß sie mit der Sättigung der Unternehmen bzw. des Marktes mit Realkapital (Produktionsmittel) gegen Null sinkt. Da aber der Realkapitalzins vom Geldkapitalzins abgeleitet wird, letzterer aber institutionell / strukturell nicht gegen Null sinken kann, bleibt der Anspruch auf Rendite in der Welt und läßt sich nicht mit einem Verbotsgesetz aus der Welt schaffen. Modelle zur Bekämpfung der Rendite (zur Durchsetzung des Anspruchs auf vollen Arbeitsertrag) mittels Streik sind zum scheitern verurteilt, weil der Streik eine Kapitalvernichtung darstellt und dadurch die Rendite hochtreibt. Es sind nur solche Strategien sinnvoll, die den Zins in einem Meer von Realkapital ersaufen (Keynes).

Und jetzt ist auch der interessante Zeitpunkt gekommen, an dem sich entscheidet, ob diese Gesellschaft den ökonomistischen Imperativ abschütteln und zur Abwechslung die Frage nach dem guten oder dem richtigen Leben stellen will. Nicht verdrossen und krisenbeleidigt, sondern in der Ahnung, dass es viele ziemlich falsche Bedürfnisse waren, die wir in den letzten Jahren herumgeschleppt haben. Daraus ergäben sich mindestens drei Konsequenzen.

Zum einen müsste und würde sich das gesellschaftliche Leitbild ändern: weg vom finanziellen Erfolg, vom Markenfetischismus und von der Konsumfixierung. Hin zu einer Konjunktur immaterieller Werte: etwa der Frage, welche Bücher jemand in den letzten zwölf Monaten gelesen hat; ob er treu ist; ob er sich um andere Menschen kümmert. Auch, ob er gut kochen kann - vielleicht sogar mit einfachen Zutaten. ...

Zum anderen geht es, da hat Renate Künast Recht, um eine Qualitätsdebatte. Um ein Abwägen zwischen dem Recht auf Spar-Einkäufe bei Aldi und der Frage, ob das oldenburgische Legebatterie-Ei das biobäuerliche Ei verdrängen soll. ...

Schließlich kann der „Konsumentenstreik“ auch noch eine wünschenswerte Signalwirkung in Richtung Unternehmen entfalten. Vielleicht würden manche Standortentscheidungen anders ausfallen, wenn mehr das Problem zu Kenntnis nähmen, das André Gorz 1983 in Wege ins Paradies reichlich sarkastisch formuliert hat: „Die Bevölkerung muss bezahlt werden, damit sie die angebotenen Produkte konsumieren kann. Der Konsum muss eine Beschäftigung werden, die einer entlohnungswürdigen Arbeit gleichkommt.“ Die vereinigten privaten Verbraucher, nicht die Arbeiter aller Länder, werden diese Gesellschaft verändern.

Es hat nach dem ersten Weltkrieg die Siedlungsbewegung gegeben. Es hat bei uns die Alternativbewegung gegeben, aus der DIE GRÜNEN zum Teil ihre Mitglieder rekrutieren konnte. Es war der Wunsch und die Vorstellung da, daß man anders, qualitativ höherwertiger leben möchte und kann. All diese Ausbruchsversuche sind in der Mehrzahl gescheitert oder haben sich den üblichen Bedingungen angepaßt; was nichts anders heißt, als daß sie ihre Träume begraben haben. Wenn wir hier weiterkommen wollen, dann müssen wir erkennen, daß Aldi und das oldenburgische Legebatterie-Ei nicht nur billig sind, sondern ein Ausdruck unserer kapitalistisch und fiskalpolitisch deformierten Marktwirtschaft.

Anmerkungen zu: Der Friedenskämpfer

*Jürgen Todenhöfer, Burda-Manager und CDU-Mitglied,
ist zur Symbolfigur der deutschen Kriegsgegner geworden.
Warum gerade er?*

VON MARKSPÖRRLE

... Aber ein Angriffskrieg gegen den Irak, wie ihn George Bush plant, sei nicht nur völkerrechtswidrig, sondern ein lebensgefährlicher Rückfall in eine barbarische Urzeit.

In seinem Büro sagt Todenhöfer Sätze, die fast wortgleich in seinem Buch stehen, die von ihm auch schon in Zeitungen zu lesen waren. »Es könnte sein, dass wir 30 Tage Bomben auf den Irak mit 30 Jahren Terrorismus bezahlen.« Todenhöfer ruft nach einer politischen Lösung. Man müsse verhandeln, »notfalls auch mit dem Teufel«.

Denn da sind die Opfer jedes Krieges: die Menschen. Todenhöfer erzählt Geschichten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Afghanistan und im Irak. Er prangert an, dass in Afghanistan bis zum Jahresende 2001 allein durch die Bombardierung der Städte Kunduz und Kandahar vermutlich mehr als 6000 Zivilpersonen ums Leben kamen. Und dass im Irak, wo nach Schätzungen an den Folgen der Sanktionen seit 1991 über eine halbe Million Kleinkinder gestorben seien, bei einem Angriff auf das Land Zehntausende weiterer Todesopfer zu erwarten seien. Es geht in Todenhöfers Buch darum, dass man Politik nicht allein aus Macht-, Strategie- oder geopolitischen Erwägungen heraus machen darf. »Wir haben nicht das Recht«, schreibt Todenhöfer, »die Moral aus der Außenpolitik zu verbannen.«

Und in dem Buch geht es auch ein bisschen um Jürgen Todenhöfer.

Seit es auf dem Markt ist, gibt der vormals so zurückhaltende Medienmanager Zeitungsinterviews. Er sitzt im Fernsehen bei Kerner, Illner und Maischberger.

Er tue dies als Privat-, nicht als Burda-Mann, betont er. Und nicht als Pazifist.

In seinem Büro über den Dächern von Offenburg sagt der Privatmann Jürgen Todenhöfer: »Ein solches Buch hat in dieser Diskussion gefehlt.« Nach 17 Verkaufstagen hatte der Buchhandel bereits 85 000 Stück geordert, nach knapp drei Wochen 100 000. Auf 200 000, rechnet man beim Herder-Verlag, wird das Buch leicht kommen. ...

Jetzt ist es Todenhöfer, der durch die Talkshows tingelt. Jeder will ihn hören, jeder will ihn sprechen. Wie aber konnte ein Managertyp im hellblauen Hemd zum Vorsprecher der Kriegsgegner werden?

Es sind wohl die Brüche, die einen Menschen interessant machen. Es sind diese Gegensätze, die einen Manager Todenhöfer, wenn er in einer Talkshow vom Frieden spricht, glaubwürdiger erscheinen lassen als manchen grundpazifistischen Pulloververträger. Außerdem, Jürgen Todenhöfer stand schon früher auf als viele andere.

Am 2. Oktober 2001, einige Tage nach dem 11. September, erschien im Feuilleton der FAZ ein Text, in dem Todenhöfer vor einer Bestrafung der afghanischen Zivilbevölkerung warnte, vor Leid, terroristischer Eskalation. Es blieb nicht der einzige Artikel. Er habe immer wieder an Wochenenden am Schreibtisch gesessen und geschrieben, sagt er, morgens ab fünf. ...

In seinem Buch beschreibt Jürgen Todenhöfer weitere waghalsige Reisen und druckt Briefe ab, die er schrieb und empfing. Es gibt auch einige Analysen und einen Vorschlag für einen Friedensplan für den Irak, aber wenn man das Buch gelesen hat, hat man zugleich eine Autobiografie gelesen, die Autobiografie eines Menschen voll Wagemut, Charakter und Herzenswärme. Eines Menschen, der gefallen will. ..

Welche Begabungen, welche Möglichkeiten, welche Auflage, welche Zuhörerzahlen, welcher Mensch, der trotz politischer und beruflicher Karriere, noch in Klartext aussprechen kann, was er denkt und fühlt. Man könnte neidisch werden. Oder ist die Figur Todenhöfer nur ein Märchenerzähler, dessen Geschichte von einem anderen Märchenerzähler mitgeteilt wird. Ich hoffe nicht, denn Beispiele, die Mut zeigen, brauchen wir, um selber den eigenen Mut zu stärken.

Aber warum will sich Todenhöfer nicht als Pazifist verstehen. Pazifist sein kann bedeuten, alles geschehen zu lassen, was geschieht, alles zu erdulden und zu erleiden und zu hoffen, daß der Peiniger sich durch die Leidensfähigkeit beeindrucken läßt und von seinem Tun abläßt. Aber das ist nur eine Möglichkeit, den Begriff Pazifist zu verstehen. Die andere Auffassung ist die, auf militärische Gewalt zu verzichten, aber ohne zu zögern, wahrgenommenes Unrecht und vorhandene Unterdrückung zu benennen und mit nichtmilitärischen Mitteln zu bekämpfen, wie es Ghandi z.B. getan hat. Die Möglichkeiten sind nicht wenige. Es sind aber Verfahren und Techniken, die genauso trainiert und entwickelt werden müssen, wie die militärische Verteidigung. Der Mut muß bestimmt in vielen Fällen größer sein, weil es mehr zu einer persönlichen Konfrontation kommt als beim Militär, wo leider oft kein sicht- und hörbarer Zusammenhang zwischen dem Auslöser der Todesmaschine und den Getöteten besteht. Wenn diese Art Verteidigung nicht ausgebaut wurde, liegt das sicher zum einen, daran, daß die Überwindung von Denkgewohnheiten bis hin zu Reflexen geübt werden muß. Der Hauptgrund dürfte aber darin liegen, daß das renditesuchende Kapital dort nicht im gewünschten Umfang Anlagemöglichkeiten findet. Vielleicht schreibt Todenhöfer ein Buch über die *gewaltlose Gewalt* oder *soziale Verteidigung*, wie man sie später nannte.

Die eigentliche Bewährungsprobe für Todenhöfer kommt aber erst dann, wenn er über den Zusammenhang unserer Ökonomie mit dem Krieg und dem Elend dieser Welt und über die Selbstzerstörungskräfte in unserer Ökonomie schreiben will oder soll.

Anmerkungen zu: *Gipfel des Misstrauens* von Uwe Jean Heuser

Nichts los in Davos

Auf dem Weltwirtschaftsforum jammerten Unternehmer und Investoren über die Krise, anstatt die Chancen zu sehen. Kein Wort darüber, dass viele erfolgreiche Firmen gerade in schlechten Zeiten gegründet wurden

... Das Forum veröffentlichte eine Umfrage, wonach die Unternehmenslenker in der Außenwahrnehmung binnen weniger als zwei Jahren von Helden zu Schurken geworden sind. Die Führer von Bürgerorganisationen, UN und Kirchen, ja selbst Westeuropäische Politiker genießen nach der Erhebung mehr Vertrauen als die Chefs multinationaler Unternehmen.

Mea culpa!, schien die Wirtschaftswelt zu antworten - und den dunklen Anzug als Büßergewand zu tragen. Ein Delegierter nach dem anderen bekannte auf dem Podium, seinesgleichen müsse Mitarbeiter, Kunden und die Öffentlichkeit neu gewinnen. Ein Experte nach dem anderen streute Salz in die Wunden. Die Investoren seien es müde, übermäßige Risiken einzugehen und übertriebene Versprechen zu glauben. Konzerne müssten folglich durchsichtiger und offener werden, sich hart kontrollieren lassen, ihre Rolle in der Gesellschaft wahrnehmen. Ihre Führung müsse den Wandel glaubwürdig verkörpern oder gehen.

Bloß von Wachstum und profitablen Innovationen sprach so gut wie niemand. Davon, Weltmärkte zu erobern und mit Spitzenprodukten den Wettbewerb zu gewinnen, war nur am Rande die Rede. Wie können Unternehmen und Wagniskapitalisten mit neuen Strategien die Volkswirtschaften aus der Krise herausführen, wie können sie die Flaute nutzen, um die eigene Position zu stärken und zu expandieren? Fehlanzeige. ...

Gestern habe ich einen großen Karton mit Büchern, die von Menschen stammen, die ihren weltlichen Abgang hinter sich haben, zum Bücherflohmarkt des Neustädter Tauschringes (NeTZ) gefahren. Beim Umpacken war - sozusagen - mein Selbstinteresse als prüfendes Organ eingeschaltet. Beim Titel „Der Pate“ von Mario Puzo leuchtete das Signa „Prüfen“ auf. Nun ist es so, daß mich das institutionalisierte Kriminelle in den gesellschaftlichen Strukturen mehr interessiert als das Kriminelle, daß sich in ihrem Schatten entwickelt.³⁰ Ich schlage das Buch jedenfalls auf und mir „springt“ das Motto des Autors, ein Zitat von Balzac in die Augen.

Hinter jedem großen Vermögen steht ein Verbrecher.

Der Sozialpsychologe Hofstätter soll einmal eine Untersuchung angestellte haben über den Zusammenhang von Intelligenz und Fähigkeiten einerseits und die Einkommens- und Vermögensverteilung andererseits. Er soll festgestellt haben, daß die beiden Größen nicht miteinander korrelieren. Man kann aber zu dieser Feststellung auch aus eigener Überlegung kommen. Hat also Balzac recht? Wenn man die Fähigkeit, institutionelle Schwächen öffentlicher Einrichtungen für sich oder die Auftraggeber auszunutzen³¹), hinzu addiert, stimmt es. Und dabei sind wir bei

³⁰ Siehe dazu auch Santiago Fernandes in der Zeitschrift für Sozialökonomie (Heft 40, 49 und 64), der über Boisguillebert und dessen Einschätzung des kriminellen Geldes berichtet.

³¹ Dazu gehört nicht nur das Geld in heutiger Form, sondern auch das Boden- und das Patentrecht (siehe

den zwiespältigen Arbeitsfeldern von Managern in kapitalistisch überlagerten Marktwirtschaften. Diese Arbeitsfelder gleichen den Schlachtfeldern von Generalen, deren Beurteilung ebenfalls Situationsabhängig ist. Gehören Generale zu den Siegern in einem Krieg, sind ihnen Orden, Ansehen und vielleicht sogar hohe Staatsämter sicher. Gehören die Generale zu den Verlierern, sind sie die Bösen, denen man vorrechnet, gegen wieviel Gesetze sie verstoßen haben. Die Situation von Managern ist der beschriebenen Situation der Generale ähnlich. Das Agieren in der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft ist ein kalter Krieg. Das ist auch so, wenn es in dem Wirtschaftsteil unserer Zeitungen nicht beschrieben wird.

Die Bedingung der Marktwirtschaft kann man beschreiben mit dem Motto: **Leben und leben lassen**. Dahinter steckt kein großartiger Altruismus, sondern die Erkenntnis oder die Erfahrung, weil man bei Mißachtung dieser Maxime die Bezugsquelle und / oder die Absatzwege verstopft. Die Bedingung des Kapitalismus kann man mit der Volksweisheit **fressen oder gefressen werden** umschreiben. *Leben und leben lassen* wird zu einer untergeordneten Maxime, die nur zur Vernebelung eigener Interessen benutzt werden darf. Nicht mehr der längerfristige Erfolg zählt, sondern nur noch jener, der in der nächsten Jahresbilanz abgelesen werden kann. Ein Manager im kapitalistischen Konkurrenzkampf darf sich genauso wenig Gedanken machen um die Vernichtung von Kulturgütern und um die Zerstörung von Menschenglück wie ein General im Krieg. Die Spenden und Stiftungen von Managern kann man durchaus verstehen als Kompensation von persönlichen Schuldgefühlen oder als strategisches Ablenkungsmanöver.

Wohl nur in krankhaften Ausnahmefällen übernehmen Menschen eine übel beleumdete Rolle in der Gesellschaft freiwillig. Wenn nun in Krisensituationen die Rolle des Managers aus dem Schatten der Moral ins Tageslicht gerückt und sichtbar wird, kann sich leicht Lust- und Mutlosigkeit einstellen. Vieles von dem, was bis dahin verdrängt wurde, kommt an die Oberfläche. Die hohen Vergütungen seitens der (Geld-)Investoren können dann schon leicht nicht mehr als eine Art Orden, sondern als Bestechungsgeld empfunden werden. Aber das ist doch alles kein Grund, eine Kehrtwendung einzuleiten. Es gibt doch Mediationstechniken, Psychotherapien und Psychopharmaka, um bedrückende und miese Gefühle loszuwerden. Die eigenen Kinder und Lebenspartner werden den Schwindel nicht merken. Oder?

hierzu www.sffo.de). Außerdem hat die Art und Weise, wie der Staat heute in die Wirtschaft eingreift einen kriminellen Charakter. Wer nun sagt, staatliche Gesetze, Verordnungen und Anordnungen können per Definition nicht Unrecht sein, der sagt, daß politisches Handeln in Diktaturen von gestern, heute und morgen kein Unrecht sein können. Man kann viel lobendes über die Demokratie als Herrschaftsform sagen, aber nicht, daß sie eine Garantie dafür ist, daß in ihrem Geltungsbereich kein Unrecht geschieht.

Brief von J. Abromeit vom Februar 2003 an „Die Zeit“ mit Anmerkungen und Anhängen / S. - 59 -

Anmerkungen zu: Die Galgenfrist von Josef Joffe

Unter der Zwischenüberschrift *Eine Republik, kein Imperium* schreibt Joffe:

... Wer den Krieg verhindern will, muss eine produktive Alternative anbieten, den USA gute Gründe liefern, damit sie von ihrem hohen Ast wieder herabsteigen. Vorweg mit einer schlichten Druckverschiebung: weg von Bush, hin zu Saddam, um ihm die Illusion zu rauben, dass die Europäer ihn vor den Amerikanern retten. Dann der Große Deal: Verzichtet auf den Krieg, dafür stehen wir fest im Eindämmungsring, der nichts mehr durchlässt - keine Vorläuferchemikalien, keine Anreicherungstechnik, keine Werkzeugmaschinen für Raketenhülsen. Notfalls patrouillieren wir zur Luft und zur See, bis der Despot seine Zähne verliert. Und wir helfen euch, Peking und Moskau einzubinden. ...

Ob dieser Krieg noch zu verhindern ist weiß ich nicht. Eine Chance, diesen Krieg zu blockieren bestünde vielleicht, wenn der Papst seinen Sitz vorläufig in den Irak verlegen würde. So schlägt es Franz Vogler aus Abtsgmünd in einem Rundbrief vor. Der Vorschlag ist von der Wirkung her gesehen gar nicht so unrealistisch. Er liegt auf der Linie von Mahatma Gandhis Wirken. Die Opferrolle als Kampfmittel funktioniert dann, wenn dadurch Massen von Menschen für die Sache mobilisiert werden können, für die die sich opfernde Person kämpft.

Sicher ist es so, daß jeder Versuch, diesen Krieg (und den nächsten) zu verhindern, vermeiden muß, nicht als Signal verstanden werden darf, Diktatoren zu schonen oder zu schützen. Internationale Kontrollen zu Luft und zu Wasser, die nicht nur zur Spionage zu Gunsten eines Staates dienen, sind akzeptabel. Aber die anderen Vorschläge von Josef Joffe bedeuten praktisch die Einstellung des Welthandels. Jedes Produkt kann kriegerisch mißbraucht werden. Aus vier Räder, zwei Achsen und eine Pritsche lassen sich wahlweise eine Lafette, ein Milchwagen oder ein Personentransportwagen bauen. Und mit allen Wagen, mit denen Menschen zu einer Wallfahrtsstätte fahren können, können Soldaten an die Front gebracht werden. Und wenn die Menschen total abgerüstet sind, dann tragen sie ihre ökonomischen Konflikte mit den Händen aus, die eben nicht nur zum Streicheln gut sind, sondern auch zum Würgen mißbraucht werden können. Solche Gedankengänge kann man auch bei Gesell nachlesen.

Wir müssen also mehr die ökonomische Dimension der Kriege betrachten. Und bei den ökonomischen Gründen dürfen wir den Kampf ums Öl nicht überwerten. Vielleicht ist es richtig, wenn Dennis O'Brien, Direktor des Instituts für Energiewirtschaft und -politik an der US-Universität Oklahoma in Norman sagt, „Öl spielt die geringste Rolle in einem Krieg gegen den Irak. „An das Öl des Irak könnten die USA einfacher, schneller und vor allem billiger heran-

Brief von J. Abromeit vom Februar 2003 an „Die Zeit“ mit Anmerkungen und Anhängen / S. - 60 -

kommen, wenn sie sich für die Aufhebung der UN-Sanktionen stark machten, Saddam Hussein vom Feind zum notwendigen Übel degradierten und amerikanische Konzerne in Bagdad friedlich ihre Geschäfte machen lassen.“ (HAZ vom 27. 2. 2003) Diese Logik hat etwas für sich, wenn auch bezweifelt werden darf, ob Ölkonzerne im wahrsten Sinne des Wortes „friedliche Geschäfte“ machen können, denn es geht hier ja nicht nur um Produktion und Handel, sondern um den Zugriff auf die Bodenrente, hier in Form von Förderzins. Bei der ökonomischen Dimension des Krieges denke ich an die ökonomischen Probleme, die man damit verdeckt oder für eine Weile zurückdrängt. Der Krieg die Brechstange, die man benutzt, um eine Tür zu öffnen, bei der man den passenden Schlüssel nicht findet. Was gemeint ist, kommt im folgenden Zitat zum Ausdruck:

...„Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion.“ ...³²

Der Norweger Johan Galtung, Träger von Friedenspreisen, sagte in einer Rede, die in der Zeitschrift *Humanwirtschaft* (Ausgabe Okt./Nov. 2002) unter dem Titel *Quo Vadis USA - 11. 9.* abgedruckt wurde:

Ich schätze, 500 Millionen auf der Erde hassen die Vereinigten Staaten. Und ich nehme jetzt als Ausgangspunkt die 6 Millionen, die CIA-Dissidenten nennen, die vom CIA getötet wurden: Kleinbauern, die Kooperativen und Gewerkschaften einführen. So sage ich also ganz einfach: Der Konflikt ist ein Klassenkonflikt - ein Klassenkonflikt zwischen reichen und armen Ländern, zwischen reichen und armen Leuten.

Die produktive Alternative muß also eine andere sein, als ein Stopp für Handelsverkehr mit Materialien, aus denen auch Waffen hergestellt werden können.

Jetzt wieder Joffe:

Nichts in ihrer jüngeren Geschichte lässt wännen, dass diese „imperiale Republik“ (Raymond Aron) tatsächlich das Zeug zum Imperium hat. Demokratien sind ungeduldig und wankelmütig.

Die Fragen sind: a) Ist ein Imperium an eine bestimmte Staatsform gebunden? b) Können wir wirklich sagen, daß in den USA (von heute) die Demokratie zu Hause ist? Was sind die Minimummerkmale, die eine Staatsform aufweisen muß, um eine Demokratie genannt zu werden?

Galtung: *Meine Vorhersage für die Vereinigten Staaten ist, dass das Imperium keine 20 Jahre dauern kann.*

32 Rober Lekachman, John Maynard Keynes - Revolutinär des Kapitalismus, S. 177

Doch geht die Sache noch tiefer. Wenn es Amerika nicht schafft, die Niedertracht Saddams zu offenbaren, und allein losschlägt, muss die „Hypermacht“ mit Knüppeln, nicht nur mit Schröders Stöckchen rechnen. Denn es wächst das Unbehagen an einem entfesselten Gulliver, der, wie Bush am Dienstag betonte, „seine Entscheidungen nicht anderen Nationen unterwerfen“ will. Denn schiere Macht ohne Vertrauen zeugt Gegenmacht und verwandelt Freunde in Widersacher. Wer allein in den Krieg zieht, wird auch allein sein, wenn er den Rest der Welt für den Friedensdienst einspannen muss.

So ist es.

Anmerkungen zu: Die verteidigten Staaten

Für ihr Militär geben die USA rund 25-mal mehr Geld aus als die „Schurkenstaaten“ zusammen. Amerikas große Waffenschmieden haben mehr Einfluß als je zuvor - auch auf die Politik

Von Christian Tenbrock

Ich will mich hier nur kurz äußern, nicht weil das Thema minder wichtig ist, sondern weil ich zum Ende kommen muß. Aus meiner Sicht wird das Waffengeschäft von zwei feindlichen Koalitionären gefördert: vom Rendite suchenden Geldkapital und von der Arbeit, der auf Arbeitseinkommen angewiesenen Arbeitnehmerschaft und die an Aufträge gebundenen Unternehmer. Die Arbeitnehmerschaft sagt zwar nach jedem verlustreichen Krieg, nie wieder Rüstung, nie wieder Krieg, so wie der Unternehmer auch schwört, nur noch Pflugscharen zu produzieren. Wenn aber aufgrund von Unterbeschäftigung die Arbeit und damit das Einkommen knapp wird, wenn die Aufträge ausbleiben, dann sieht man an der Rüstung plötzlich gute Seiten und ist bereit, dafür zu demonstrieren, und selbst wenn wir eine pazifistische Regierung hätten, würde diese weich und würde sagen, wir brauchen die Rüstung.

Ja und der andere Rüstungs-Koalitionär, das Anlage suchende Geld? Solange das Geld einen Zins erpressen kann, wird es zur Anlage mit der höchsten Rendite und der größten Sicherheit suchen. Und die Anlage im Rüstungsgeschäft ist eine solche Geldanlage. Erstens: Die durchschnittliche Rendite von Aktien der Rüstungsindustrie kann über diejenige von Gesellschaften mit ziviler marktgängiger Produktion liegen, weil die Auftraggeber die entsprechenden Rechnungsbeträge nicht aus eigenen Taschen bezahlen müssen, sondern an den Steuerzahler weiterreichen. Zweitens: Der Staat als Rüstungskäufer geht nicht pleite. Drittens sind die Militärs wie die Computerfreaks, sie müssen immer das neueste Spielzeug haben und wissen das natürlich verteidigungspolitisch zu begründen. Viertens hat die Rüstung wie die Raumfahrt den Vorteil, daß sie nicht das Angebot von Realkapital und Konsumwaren und damit den Preisdruck

vermehrt. Aber auch der Rüstungsmarkt erfährt eine Sättigung. Der Ausweg ist die beschleunigte technische Veralterung (die Verschrottung und Neubeschaffung erforderlich machen und der Krieg, der möglichst anderswo stattfindet und möglichst lange dauert.

Das Gefährliche an dem Rüstungsgeschäft ist, daß man dem Volk die Kosten nur aufdrücken kann, wenn man ihm das notwendige Gefährdungspotential nachweist. Damit der Nachweis nicht so schwer fällt und konstruiert aussieht, muß man Spannungen und Konflikte indirekt oder direkt (über verdeckte Umwege) fördern. Die Kosten dafür sind im Preis einkalkuliert und werden ebenfalls auf die Bürger abgewälzt. Anders ausgedrückt: Die Bürger müssen dafür bezahlen, daß ihnen Angst gemacht wird, und sie müssen wiederum dafür zahlen, daß ihnen die Angst mit fragwürdigen Mitteln genommen wird.

Anmerkungen zu: *Die Beschaller*

Die Globalisierungskritiker von Attac sind die treibende Kraft der Antikriegsbewegung. Doch ihnen droht die Vereinnahmung durch Radikale / Von Toralf Staud

Mich stört der Begriff *Radikale* in diesem Zusammenhang; es wäre besser, von den Verführern zu sprechen. Der Radikale will eine Sache von der Wurzel her deuten, anpacken oder zu einem besseren wenden. Der Verführer versucht Menschen, die sich politisch bewegen (und durch eine größere Zahl Gleichgesinnter zu einer Bewegung werden) vor seinen Karren zu spannen. Der Karren kann durchaus idealistischer Konstruktion sein.

...So zynisch es klingt: Für Attac wäre ein Angriff auf den Irak der ideale Krieg. Und ein Exölmanger im Weißen Haus, der Präventivschläge plant, ist der perfekte Gegner. ...

Leider ist es so, daß auch Idealisten auf das Böse als Förderer ihres Anliegens setzen. Nicht immer, aber vermutlich zu häufig. Auch Christen haben in der Geschichte immer wieder auf die Übel gesetzt, damit die Schäflein wieder auf den Weg der Tugend zurückfinden. Und irgendwann las ich einmal, daß die israelischen Siedler in Palästina anfänglich die Verfolgung der Juden durch die Nazis begrüßt haben, weil sie sich dadurch einen größeren Zuzug von Juden nach Palästina und infolge die israelische Staatsgründung erhofften. Es ist gut, daß Toralf Staud das Problem anspricht. Es sollte eine Warnung für die Attac-Mitglieder sein.

... Auf einer Vortragsreihe, die durch 16 Städte führte, gab Attac auch Gästen ein Podium, die israelfeindliche Reden schwangen.

Seit zwei Wochen tobt nun eine heikle Debatte über das Verhältnis von Antisemitismus und Globalisierungskritik und über den Umgang mit dem Nahostkonflikt. ...

So wenig wie die Kritik an der US-Regierung ein Antiamerikanismus sein muß, so wenig braucht auch eine Kritik der israelischen Politik ein Antisemitismus oder eine Lieblosigkeit gegen Juden allgemein zu sein. In Israel und außerhalb gibt es doch auch jüdische Opposition gegen die nationalistische Volk-ohne-Raum-Politik der dominierenden israelitischen Politik. Soll man die alleine lassen? Gerade weil unsere Eltern- oder Großeltern gegenüber den Juden schuldig geworden sind, dürfen wir doch nicht übersehen, daß aus dieser Schuld neue Schuld geworden ist. Außerdem zeugt es doch von einem verzerrten Menschenbild, wenn angenommen wird, daß Opfer und ihre Nachfahren nur auf dem Weg der Tugend wandeln.

Zum Thema Attac und Ökonomie habe ich am 20. 11. 2002 ein paar Gedanken niedergeschrieben, also bevor Toralf Staud seinen Artikel veröffentlichen konnte. Meine Gedanken zum Thema Attac sind im Anhang IV nachzulesen. Es hat ja vielleicht seinen Reiz, die beiden Einschätzungen zu vergleichen.

Anmerkungen zu: *George W. Pump*

Mit massiven Steuersenkungen treibt der amerikanische Präsident sein Land in die Verschuldung - und schafft sich eine neue Opposition im Volk

Von Thomas Fischermann

... In den Reagan-Jahren lebte Amerika in großem Stil auf Pump. Erst Mitte der Neunziger fegten der New-Economy-Boom und die Sparsamkeit der Clinton-Ära die gewaltigen Defizite weg, die sich zuvor aufgetürmt hatten.

Fürs Erste rechnet die Bush-Administration sogar selbst mit saftigen Defiziten. Allein im Jahr 2004 könnten die jüngsten Budgetvorschläge des Präsidenten ein Loch von 300 Milliarden Dollar in die Kassen reißen, also knapp drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts - europäische Verhältnisse in Amerika, wo man vor wenigen Jahren noch das Ende der Staatsverschuldung debattierte. Günstigere Projektionen der Regierung für die Jahre danach gelten als überoptimistisch, zumal noch niemand die Kosten, eines Irak-Krieges einkalkuliert hat. „Binnen eines Jahrzehnts könnten die USA mit einer ähnlichen Haushaltslage dastehen wie Brasilien vor einem Jahr“, wettet der Ökonom Paul Krugman. Doch im Weißen Haus gelten rote Zahlen nicht mehr als Problem. Sogar Bushs neuer Finanzminister John Snow, der früher als scharfer Kritiker von Haushaltsdefiziten galt, erklärte gerade der Business Week: „Wir könnten ein Defizit von zwei Prozent (des Bruttoinlandsprodukts) in alle Ewigkeit laufen

lassen und würden die Finanzmärkte damit nicht aus der Ruhe bringen.“

Muss Amerika - und der Rest der Welt - also den Atem anhalten, während die Bush-Regierung ein wirtschaftspolitisches Experiment aus der Reagan-Ära wiederholt? Einen Aufschwung auf Pump, mit gefährlichen Folgen für die amerikanische Staatsverschuldung, für Inflation und Zinsen? Eine Gruppe von 400 Ökonomen, darunter zehn Nobelpreisträger, glaubt das jedenfalls. Die Experten wandten sich vergangene Woche mit einem geharnischten Protestbrief an die amerikanische Presse. Bushs Pläne dienen einer „permanenten Veränderung der Steuerstruktur“, hieß es darin, „und nicht der kurzfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum“. Die Folge seien „chronische Defizite“.

Tatsächlich ist sich eine beachtliche Zahl von Ökonomen einig: Bushonomics sei ein besonders ineffizientes Rezept für die Rettung der amerikanischen Konjunktur. Krisenzeiten brauchen massive und schnell wirkende Konjunkturspritzen, am besten durch Ausgabenprogramme. Die auf lange Frist angelegte Senkung der Steuern hätte im Augenblick keine Priorität, auch wenn man sie aus anderen Gründen sinnvoll finden könne. Extrageld vom Staat solle vor allem ärmeren Amerikanern und Arbeitslosen vom Schlage Kuharics zugute kommen. Nicht wegen der Gerechtigkeit, sondern aus ökonomischen Gründen: Ärmere Leute stecken neues Geld größtenteils in den Konsum und heizen ihrerseits die Wirtschaft an.

Von den Plänen des Präsidenten profitieren dagegen vor allem Großverdiener. Besonders entlasten sie diejenigen, die Bush zur „Investorenklasse“ zählt. ...

... Notenbankchef Alan Greenspan, der in weiten Teilen des Finanzestablishments immer noch als Quasigott verehrt wird, verurteilte in der vergangenen Woche die Pläne des Präsidenten. Noch ein Ankurbelungsprogramm für die Wirtschaft sei „verfrüht“, sorgte sich der Notenbankchef in rarer Offenheit, es drohe eine Abwärtsspirale in immer neue Defizite. ...

Derart funktioniert das politische Spiel in Washington: George W. Bush ist als ein harter Verhandlungsführer bekannt, der frei nach der Art arabischer Basare erst eine Maximalforderung vorlegt....

... So kommt es, dass Bushs Pläne schon jetzt edliche vorbeugende Zugeständnisse an die Demokraten enthalten, die sein Paket andernfalls blockieren könnten - mehr Geld für Schulen zum Beispiel, Hilfen für Arbeitslose, Mittel für die Aids-Forschung. Neue werden hinzukommen, mit anderen Worten: zusätzliche, direkte Staatsausgaben. Genau das also, was sich Bushs Kritiker zum Ankurbeln der Wirtschaft wünschen. Das Schließen der Haushaltslöcher geschieht dann eben später. Vielleicht.

Erstens ist zu verzeichnen, daß sich die Ökonomen mal wieder nicht einig sind, denn zu den 400 Ökonomen, die gegen Bushs Wirtschaftspolitik sind, gibt es auch Gegenstimmen:

... und findet Beifall konservativer Ökonomen. „Es ist sinnvoll, Reagans Erfolg zu wiederholen und unser Steuersystem freundlicher zu gestalten“ meint Robert Barro, Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard-Universität. ...

Zweitens wird bestätigt, daß mit der kapitalistischen Einkommensverteilung die Haushalte mit Bedarf nur ungenügend mit Kaufkraft ausgestattet werden. Im ersten Anlauf wollte Bush diese

Situation wohl noch dadurch verstärken, daß er gerade jenen Bürgern durch Steuererleichterungen zu mehr Kaufkraft verhelfen wollte, die jetzt schon nicht wissen, was sie mit ihrem Geld anfangen sollen. Wenn der Bericht von Fischermann richtig ist und ich ihn richtig verstanden habe, dann wurde der Kurs durch die Kritik veranlaßt geändert. Von einer wissenschaftlich abgesicherten Wirtschaftspolitik in den USA kann auch nicht Rede sein. Meinungen und Kuhhandel sind die wesentlichen Instrumente.

Solange das Defizit nicht über die Notenpresse finanziert wird, droht daraus keine Inflationsgefahr. Halt, das ist nicht ganz richtig. Wenn das wachsende Defizit den Dollar als gefährdet erscheinen läßt, dann werden zunehmend Dollar, die in oder außerhalb der USA gehortet werden oder anderen Notenbanken als „Reserve“ dienen auf den Markt angeboten werden, was inflationär wirkt, weil dieser Geldvermehrung kein vermehrtes Güterangebot gegenüber steht.

Der Notenbankchef Alan Greenspan scheint ja noch gewillt zu sein, einen Stabilitätskurs zu fahren. Ist das auch bei den Fed-Gouverneuren so?

Mir wurde per E-Mail ein Artikel von einem Steve Sjuggerud vom 17. 2. 03 mit dem Titel „Big Macs und eine '1%'-Währung übermittelt - leider ohne weitere Quellenangabe. Sjuggerud bringt Beispiele von inflationierten Währungen und schreibt dann weiter:

Der Wert des Dollar - und damit auch der akkumulierte Reichtum der in Dollar nominierten Investments - sieht sich heute mit der gleichen Bedrohung konfrontiert. Ich sage nicht, dass die Fed die Druckerpresse so wild anwirft, wie es in den gerade genannten Staaten der Fall war. Aber es ist klar, dass der Fed-Gouverneur Ben Bernanke dazu bereit ist, den Wert des Dollar zu opfern, um seine Ziele zu erreichen.

Der Dollar könnte die Hälfte seines Wertes verlieren. Man könnte es auch so formulieren: Der in Dollar gemessene Reichtum der Amerikaner würde sich halbieren. Die meisten Amerikaner würden das noch nicht einmal realisieren ... oder auch nur verstehen, was passiert.

Es bleibt also wachsam zu beobachten, ob die US-Regierung die neuen Schulden mit der alten Methode der Geldentwertung wieder los werden will. TA